

SOZIALDEMOKRATIE
UND NATIONALITÄTENFRAGE
IN SCHLESWIG

Aus Anlaß ihres hundertjährigen Bestehens

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Den Mitgliedern werden sie frei geliefert, anderen Beziehern für jährlich 1,88 DM zuzüglich Zustellgebühren (zusammen 2,- DM). Ausgabe A nur über die Geschäftsstelle zu bestellen. Bezugspreis im Jahr 88 Pf. zuzügl. Zustellgebühren (zusammen 1,- DM). Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. — Redaktion: Ernst Beier, Flensburg, Waldstraße 40. Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Str. 9. Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe, Flensburg

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

HUNDERT JAHRE ...

Das hundertjährige Bestehen der deutschen Sozialdemokratie umfaßt mehr als die Geschichte einer politischen Partei. Ihr Ausgangspunkt war zwar das Bestreben, für die Arbeiterschaft in der sich entwickelnden Industriegesellschaft bessere Lebensbedingungen und politische, soziale und menschliche Gleichberechtigung zu erringen. Dieses Ziel war jedoch nur durch entscheidende Veränderungen der Struktur von Staat und Gesellschaft zu erreichen. Im Kampf um diese Veränderungen spiegelt sich ein Stück Geschichte Deutschlands wider von der Zeit an, als es um seine Staatwerdung und Verfassungsreform rang, bis zu unserer Gegenwart, in der es nach verheerenden Kriegen und tiefgreifenden politischen und sozialen Erschütterungen bei der Lösung der „Deutschen Frage“ wieder um die Einheit und Freiheit Deutschlands geht. An allen nationalen und innenpolitischen Problemen Deutschlands nahmen die Sozialdemokraten leidenschaftlichen und tätigen Anteil.

Als Teil der internationalen demokratischen und sozialistischen Bewegung war die deutsche Sozialdemokratie jedoch von Anbeginn an eng mit der Entwicklung in anderen Ländern und Kontinenten verbunden und bemüht, sie im Sinne ihrer Grundsätze und ihres Geschichtsverständnisses zu beeinflussen.

Ihre theoretische Grundlage und die jeweiligen Bedingungen ihres Kampfes haben die Sozialdemokraten wie kaum eine andere politische Massenpartei immer wieder veranlaßt, sich mit ihrem eigenen Ziel und Weg auseinanderzusetzen und ihren Standort in der von ihr mitgestalteten Gesellschaft zu bestimmen. Der politische Weg dieser Partei war gekennzeichnet durch ihr Bemühen, in Übereinstimmung mit Prinzipien und wissenschaftlichen Erkenntnissen zu handeln. Für die Schwierigkeit und Problematik der Wahrheitsfindung auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften und der Politik bieten die Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie um ihre Theorie und ihr Programm ein aufschlußreiches Beispiel.

Das Wesen der Sozialdemokratie kann nur voll erfaßt werden, wenn man sie als eine von einer breiten Mitgliedschaft getragene, in demokratischen Gesellschaftsformen aufgebaute Massenpartei begreift, die ihre spezielle Prägung in hohem Maße von der Bewußtseinslage ihrer Vertreter und Anhänger erhält. Im Protest gegen den bestehenden Staat und seine bestimmenden Kräfte entstanden, war die deutsche Arbeiterbewegung auch eine menschliche Gemeinschaft besonderer Art. Die Sozialdemokratische Partei war ihren Mitgliedern „Vaterhaus und Lebensinhalt“, wie ein großer österreichischer Sozialist es einmal ausdrückte. Wohl und Wehe der Partei wurde Generationen von Sozialisten auch ein Teil ihres persönlichen Schicksals.

Alle diese Faktoren – die Verwobenheit in die Geschichte Deutschlands und in die internationalen Entwicklungen, die Auseinandersetzungen um die Theorie des Sozialismus, die psychologischen und soziologischen Bedingungen des eigenen Wirkens – mußten in einer Geschichte der deutschen Sozialdemokratie behandelt werden. Hinzutreten mußten Untersuchungen, die die Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit einer demokratischen Massenpartei deutlich machen: die besonderen Entwicklungen in den verschiedenen Teilen des Landes, der Einfluß einzelner Persönlichkeiten und Geistesströmungen, das Verhältnis zu Organisationen und Gruppen innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung.

ERICH OLLENHAUER

im Geleitwort zu: 1863—1963 Hundert Jahre deutsche Sozialdemokratie / Bilder und Dokumente Herausgegeben von Georg Eckert / Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Hannover.

Der weite Weg

Sozialdemokratie und Nationalitätenfrage in Schleswig

In Erwägung, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht, und deren Lösung vom praktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittensten Länder abhängt... aus diesem Grunde ist die Internationale Arbeiterassoziation gestiftet worden.

Aus den Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation (1848).

Der oben zitierte Absatz aus dem Statut der Internationalen Arbeiterassoziation ist älter als die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die in diesem Jahr auf ein hundertjähriges Wirken zurückblicken kann. Er könnte aber auch in dem Gründungsstatut der Sozialdemokratie gestanden haben, denn die Internationale Arbeiterassoziation ist von Marx und Engels gegründet worden, deren Anschauungen über die gesellschaftliche Entwicklung die Grundlage für das „Erfurter Programm“, das „klassische Programm“ der deutschen Sozialdemokratie aus dem Jahre 1891, bildeten.

*

Was hat ein Beitrag zur Geschichte einer politischen Partei wie der Sozialdemokratischen Partei in den Grenzfriedensheften zu suchen? so mag nun wohl gefragt werden. Die Antwort sei hier gleich gegeben.

Als soziales, politisches und geistiges Sammelbecken einer neuen sozialen Klasse der sich entwickelnden modernen industriellen Gesellschaft war sie trotz der internationalen Akzente ihres Denkens und Handelns von Beginn an in das nationalstaatliche Werden des 19. Jahrhunderts hineingestellt und zur Stellungnahme nicht nur gezwungen, sondern sie hat an ihm von ihrem gesellschaftlichen Standort und Blickfeld aus leidenschaftlich und kritisch Anteil genommen. Das gilt nicht nur für das eigene Verhältnis zur und in der deutschen Nation, sondern auch für die Entwicklung an den Grenzen des Deutschen Reiches: Polenfrage, Elsaß-Lothringen und Schleswig. In den einzelnen Phasen der Auseinandersetzung um das nationale Schicksal Schlesiens hat sie sich sehr vernehmlich zum Wort gemeldet, ihrer Auffassung von dem Geschehen Ausdruck gegeben und es in den Zeiten, da die Voraussetzungen dafür gegeben waren, politisch entscheidend beeinflusst. Wie die Sozialdemokratische Partei es sich und

ihren Anhängern nie leicht gemacht hat bei dem Bemühen, die nationale Problematik Deutschlands von ihrem Gesellschaftsbilde aus geistig zu bewältigen und politisch richtig zu handeln, so hat sie auch in der Schleswig-Frage eine sehr differenzierte Haltung eingenommen, die trotz der ihr innewohnenden Logik im Nachhinein gesehen nicht immer ohne weiteres verständlich erscheint.

Die Gesamtgeschichte um das Mühen der deutschen Sozialdemokratie – speziell der schleswig-holsteinischen bzw. der schleswigschen – um die geistige und politisch-praktische Bewältigung der nationalen Frage in Schleswig ist noch nicht geschrieben worden. Das ist eigentlich verwunderlich; denn wenn es sich auch um ein regional begrenztes Geschehen handelt, so standen hier auf jeden Fall zentrale Fragen gesellschaftlich-politischen Verhaltens für die Partei und ihre Mitglieder zur Debatte und zur Entscheidung. Ging es doch um das Verhältnis zu Staat und Nation – der eigenen und fremder –, um die Frage nach dem Primat von Klasse oder Volk – Nation – Staat, um die Frage nach dem Vorrang von sozialer oder nationaler Frage, um das Verhältnis von nationaler Bindung zu dem internationalen Willen, um das Umsetzen von sozialer Theorie in politische Praxis und nicht zuletzt um das Verhalten des einzelnen Mitgliedes in den sich hieraus ergebenden Konfliktsituationen – war doch für ihn, den einzelnen Genossen, die Arbeiterbewegung eine menschliche Gemeinschaft besonderer Art: die Sozialdemokratische Partei war ihren Mitgliedern „Vaterhaus und Lebensinhalt“, wie Erich Ollenhauer, einen großen österreichischen Sozialisten zitierend, schreibt. „Wohl und Wehe der Partei wurde Generationen von Sozialisten auch ein Teil ihres persönlichen Schicksals.“

Vor die Alternative „So oder so“ ist die Sozialdemokratie in dem Ringen um Schleswig in den vergangenen hundert Jahren dreimal gestellt worden, 1864¹, 1920, 1945 – zweimal in einer Situation, wo von ihrer Entscheidung mehr als nur ihr eigenes Schicksal und das ihrer Mitglieder abhing, sondern wo es um den Bestand und das Schicksal der ganzen Nation ging.

Es kommt hinzu, daß die Sozialdemokratie vor das „Entscheide dich“ nicht in politisch ruhiger Zeit, sondern 1920 und 1945 jedesmal im Gefolge eines verlorenen Krieges mit Hunger und Elend und einer in ihrem Gefüge erschütterten Nation gestellt wurde, und es kommt weiter hinzu, daß diese Grundsatzentscheidungen aus dem Zwange der Verhältnisse heraus nicht von den zentralen Instanzen getroffen werden konnten, sondern den regionalen Gliederungen zufielen, der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie mit ihrer Zentrale in Kiel bzw. der schleswigschen mit dem Schwergewicht in Flensburg, das im alten Kaiserreich politisch im Reichstagswahlkreis 2 (Flensburg—

¹ Siehe hierzu die Grenzfriedenshefte 3 und 4 des Jahres 1962:

„Marx, Engels, Lassalle und der deutsch-dänische Konflikt 1848 und 1864“

Apenrade) aufs engste mit Nordschleswig verbunden war, und zum Teil auch den Nordschleswigern ganz allein.

Dabei ist ferner in Betracht zu ziehen, daß das politische Schwergewicht der Sozialdemokratie nach der wirtschaftlichen Struktur Schleswig-Holsteins allezeit im Süden des Landes lag und das Hauptanliegen ein ganz anderes als die Lösung der deutsch-dänischen Frage war. Sie „lag“ ihr im Grunde gar nicht, sondern sie wurde hineingestellt – und sie mußte sich in ihr bewähren.

*

Das Folgende ist der Versuch, die Wegmarken zu finden und den Weg nachzuzeichnen, den die Sozialdemokratische Partei in der Auseinandersetzung um Schleswig gegangen ist. Er wird unternommen von einem, dem die „Partei auch ein Teil seines persönlichen Schicksals“ wurde. Daraus ergibt sich seine Berechtigung und seine Begrenzung. Die unvermeidliche Einseitigkeit wird dadurch auszugleichen versucht, daß in Resolutionen, Aufrufen, Dokumenten, Zeitungsaufsätzen, persönlichen Erinnerungen möglichst unmittelbare Zeugnisse des Geschehens zu Worte kommen, die die Zeitstimmung besser spiegeln, als eine nachträgliche Darstellung es kann.

So wird sicher kein vollständiges, aber in seinem Kern hoffentlich zutreffendes Bild des nationalpolitischen Weges der Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein und besonders im Grenzland Schleswig selbst gegeben im Sinne des Satzes von Jean Jaurès:

*Geschichte heißt nicht: Asche aufheben,
sondern: die Flamme am Brennen erhalten!*

DER GANG DURCH DIE ZEIT – RESOLUTIONEN ALS WEGMARKEN DER GESCHICHTE

Auf Parteitag werden Entschlüsse gefaßt. Das ist Brauch und wohl unumgänglich. Schließlich muß eine Partei kundtun, was sie will, was sie besser weiß als die Konkurrenz usw. Das Betrübliche ist nur, daß ein ziemlich hoher Prozentsatz solcher Parteitagsbekundungen den Eintagsfliegen ähnelt. Wenn das Feilen an der Formulierung beendet und das Werk die Zustimmung der Delegierten gefunden hat, ist der Höhepunkt im Leben der Entschlüsse häufig schon wieder überschritten; sie entschlummert sanft in den Parteiarchiven, sofern nicht

Kritik der Parteigegner ihr Dasein künstlich noch etwas verlängert. Ab und zu kommt es sogar vor, daß die arme Entschließung von ihren eigenen Vätern verleugnet wird. (O wärest du nie geboren!)

Stoßseufzer eines Redakteurs im Flensburger Tageblatt

Dieser Stoßseufzer eines Redakteurs aus unseren Tagen mag auch in bezug auf manche Resolution und Verlautbarung der Sozialdemokratischen Partei zur Schleswig-Frage zutreffen, für drei im Laufe des letzten halben Jahrhunderts von der Sozialdemokratie unmittelbar oder unter ihrer maßgebenden Mitwirkung zustande gekommene Bekundungen zum deutsch-dänischen Nationalitätenproblem gilt das aber keineswegs:

Über den Tag hinaus in die Zeit hinein gewirkt hat die vom schleswig-holsteinischen Provinzialparteitag 1902 in Flensburg einstimmig gefaßte Resolution zur Grenzfrage, auf die in allen grenzpolitischen Stellungnahmen immer wieder Bezug genommen wird – bis zu dem am 25. November 1923 wiederum auf einer Konferenz in Flensburg abgeschlossenen Wels-Stauning-Abkommen hin –, also über zwei Jahrzehnte hindurch.

Weit über den aktuellen Anlaß hinaus Bedeutung erlangt hat dann auch dieses zunächst so umstrittene Abkommen selbst, das in den großen Auseinandersetzungen um das nationale Schicksal Schleswigs nach 1945 noch eine bedeutsame Rolle gespielt hat.

Und niemand wird der von der sozialdemokratischen Landesregierung am 26. September 1949 mit fast einhelliger Zustimmung des Schleswig-Holsteinischen Landtages abgegebenen Kieler Erklärung ihre in die Zukunft weisende Wirkung absprechen, da sie der Ausgangspunkt für die heutige, allgemein als vorbildlich angesehene Regelung der deutsch-dänischen Minderheitenfragen gewesen ist. Diese drei grenzpolitischen Verlautbarungen der Sozialdemokratie waren also nicht Tagesparolen, sondern Marken auf ihrem Wege durch die Zeit...

Die Zeit vor dem ersten Weltkrieg

DIE ERSTE WEGMARKE: DIE RESOLUTION VON 1902

1. Der Parteitag der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie in Flensburg hält es, weil Schleswig zum Teil von Angehörigen eines nichtdeutschen Volkes bewohnt ist, für richtig, für seine Stellung diesen gegenüber folgendes festzulegen:

- a) daß die dänische Bevölkerung in Nordschleswig sowohl nach dem widerrechtlich beseitigten Artikel V des Prager Friedens als nach dem Recht aller Völker auf Selbstbestimmung allein zu entscheiden hat, ob und wie weit sie zu Preußen oder Dänemark gehören will;
- b) daß alle Bewohner Nordschlewigs, die dänischen Stammes sind, solange sie gezwungen oder freiwillig zum Deutschen Reiche gehören, ein Recht auf Schutz ihrer nationalen Eigenart, ihres Volkstums, ihrer Muttersprache und volle politische Gleichberechtigung haben;
- c) daß es Pflicht der Sozialdemokratie ist, jede diese Rechte verletzende Politik einer Partei, eines Staates oder des Reiches rücksichtslos zu bekämpfen;
- d) daß es Aufgabe der Sozialdemokratie ist, die Proletarier des dänischen Volkes unter voller Anerkennung ihrer nationalen Rechte über den Sozialismus aufzuklären und für den Klassenkampf zur Eroberung der politischen Macht zu gewinnen.

2. Ausgehend von den vorstehenden Grundsätzen, beschließt der Parteitag:

- a) Eine wesentliche Aufgabe der Genossen, ohne Unterschied der Abstammung, ist, in Schrift und Rede die Aufklärung der dänischen Proletarier über den Sozialismus und ihren Anschluß an die Sozialdemokratie zu betreiben, und zwar, soweit es nötig und möglich ist, unter Gebrauch der dänischen Sprache.
- b) Eine weitere Aufgabe der Genossen und der sozialdemokratischen Presse Schleswig-Holsteins liegt in der rückhaltlosen Bekämpfung der Zwangspolitik in jeder ihrer Erscheinungsformen.
- c) Bei den Stichwahlen zum Reichstage und bei den Landtagswahlen, wo die Entscheidung zwischen einem dänischen und einem anderen bürgerlichen Kandidaten steht, darf die nationaloppositionelle der Dänen nicht maßgebend für die Stellungnahme unserer Genossen sein; sie haben für einen dänischen Kandidaten nur dann einzutreten, wenn dieser die bindende Erklärung abgibt, jeder Mehrbelastung der Bevölkerung mit Zöllen und indirekten Steuern und jeder Erhöhung der Militär- und Marinelasten entgegenzuwirken und tatkräftig für den demokratischen Ausbau des Wahlrechts sowohl zum Reichstag als zum Preußischen Landtag wirken zu wollen.

Die Geschichte dieser Resolution ist noch nicht geschrieben worden. Einiges dazu erfuhren wir von Friedrich Bauer, den wir darum befragten:

Über die Resolution von 1902 und ihren Verfasser:

Du stellst in Deinem Briefe die Frage, ob ich etwas Genaueres über die Entstehung der Resolution von 1902 weiß. Ja, mein Freund, darüber läßt sich viel sagen. Zunächst einmal sei festgestellt, daß der Verfasser Eduard Adler war, der dem § 5 des Prager Friedens eine wohl nicht ganz zutreffende Auslegung gab. Ihm kam es damals vor allem auf die propagandamäßige Wirkung der Resolution an, die dann aber bei der einstimmigen Annahme durch den Bezirksparteitag auch eine grundsätzliche Bindung der Partei bedeutete.

Daß man sich 1902 überhaupt so gründlich mit der Frage beschäftigte, lag wohl in erster Linie an dem damaligen politischen Klima in Schleswig-Holstein, das unter dem Oberpräsidenten v. Koller ausgesprochen reaktionär, dänenfeindlich und arbeiterfeindlich sowieso war. Es war die Zeit des preußischen Dreiklassenwahlrechts, der Gesindeordnung und des Polizeiknüppels, wo unsere führenden Genossen – besonders die Redakteure – mehr im Gefängnis als an ihren Arbeitsplätzen saßen. Die praktisch nur geduldete Arbeiterbewegung war gegen diesen Staat und seine Bevormundung, war radikal und benutzte jede Gelegenheit, der Polizei und den bevormundenden Behörden eins auszuwischen. Dafür war Ede Adler der geborene Mann.

*

Auf einer großen Protestversammlung in Neumünster, in der Adler sprach, erlaubte er sich folgenden Scherz: Er bezog sich auf die anwesenden Polizisten, die damals alle politischen Versammlungen überwachten, und führte folgendes aus:

„Wenn auch die Polizei anwesend ist, ich lasse mir das Wort nicht verbieten. Deshalb führe ich auch stets einen Revolver bei mir.“ (Er langte in seine Jackentasche und holte einen Revolver hervor.) Blitzschnell sprang die Polizei vor, um den Revolver zu beschlagnahmen. Ede biß aber vorher kräftig hinein – es war ein Schokoladenrevolver! Natürlich war das ein großer Lacherfolg für ihn und eine gezielte Blamage für die Polizei. – Aber so war Ede.

Aus einem Briefe von Friedrich Bauer.

*

Wie genau in dieser Resolution der nationalpolitischen „Zeitstimmung“ Rechnung getragen worden ist, zeigen auch die Erinnerungen von Wilhelm Ewald, eines

alten, in Nordschleswig seßhaft gewordenen deutschgesinnten Sozialdemokraten: Die damaligen dänischen Führer predigten in Wort und durch ihre Zeitungen nur den „nationalen“ Kampf gegen ihre Unterdrücker; ihre Abgeordneten im Land- und Reichstag nahmen nur das Wort, um gegen die Verpreußung zu wettern, dagegen in wirtschaftlichen Fragen versagten sie vollständig. Für die Sozialdemokratie dagegen war die „nationale“ Frage eine Nebenfrage, trotzdem sie ohne weiteres die Berechtigung des nationalen Kampfes der Dänen anerkannte und ihn zu jeder Zeit unterstützte. In wirtschaftlicher und politischer Hinsicht war die dänische Protestpartei also eine „Waschlappenpartei“, womit der Sozialdemokratie nicht gedient sein konnte. Deshalb mußte versucht werden, die für den wirtschaftlichen und politischen Kampf gleichgültig gemachten Arbeiter und Kleinhandwerker im Dänenlager für die Ziele der Sozialdemokratie reif zu machen. War einerseits die Führung der Dänenpartei froh, einen Bundesgenossen in der Sozialdemokratie gefunden zu haben, so regte sich aber stark ihre Eifersucht, als sie merkte, daß die Sozialdemokratie neben der Unterstützung der Dänen im nationalen Kampf besonderes Gewicht darauf legte, die Arbeiter und Minderbemittelten für sich für die Wahlen zu gewinnen. Die dänischen Führer und ihre Presse übersahen ganz, daß die dänischgesinnten Bauern und Unternehmer ihre Arbeiter genauso ausbeuteten wie ihre deutschgesinnten Kollegen, ja, sie hatten sich sogar in ein und demselben Arbeitgeberverein zusammengeschlossen. Bei Lohnkämpfen und Streiks zeigten sich die extremen dänischgesinnten Unternehmer noch als größere Kampfhähne als ihre deutschen Kollegen. Trotzdem beanspruchten die dänischen Führer von den dänischgesinnten Arbeitern, daß sie nur auf den Dannebrog schwören sollten, alles andere müsse ihnen Wurst sein.

Wilhelm Ewald: „25 Jahre Sozialdemokratischer Verein in Apenrade“ / 1926.

Was H. P. Hanssen 1912 sagte...

Das Zusammengehen der Dänen mit der Sozialdemokratie in manchen Fragen liegt eben in dem Charakter beider Richtungen begründet. Die Tatsache aber, daß die politischen Forderungen der Dänen oft mit denen der Sozialdemokratie zusammenfallen, sei der treffendste Beweis für die Überflüssigkeit der Sozialdemokratie in Nordschleswig.

H. P. Hanssen in der dänischen Jahresversammlung am 9. Juni 1912.
„Flensburger Volks-Zeitung“ vom 12. Juni 1912

Worauf Eduard Adler konterte...

Es hieße der gesunden Vernunft ins Gesicht schlagen, wenn wir auch nur einen Versuch unternehmen würden, den Spieß umzudrehen und etwa zu sagen, daß die Sozialdemokratie ebensogut das nationale Volksempfinden der Dänen vertritt als die Dänen selbst.

Die Sozialdemokratie ist eine Klassenpartei. Also hat sie sich zur Aufgabe gestellt, die politischen Interessen der besitzlosen Klassen zu vertreten. Sie nimmt keine Rücksicht auf Rasse und Volksabstammung, sondern allein die Besitzlosigkeit ist maßgebend. Als politische Klassenpartei macht die internationale Sozialdemokratie also nicht Halt vor nationalen Schranken und sucht das Privatkapital überall dort zu bekämpfen, wo es zu finden ist. Und da es in dem internationalen Kampfgebiet Nordschleswig, wie in jedem Lande, eine besitzende und eine besitzlose Volksklasse gibt, ist es selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie ihr Wirkungsfeld auch auf Nordschleswig ausdehnt...

„Flensburger Volks-Zeitung“ vom 12. Juni 1912.

*

Für den politischen Alltag des Jahrzehnts vor dem ersten Weltkrieg hat der zweite Teil der Entschließung mit seinen „Regieanweisungen“ sicher eine größere Bedeutung gehabt als der erste, grundsätzliche Teil der Resolution.

Zur Zeit seiner Abfassung offensichtlich „Theorie“ und von einer anfechtbaren Auffassung der geschichtlichen Voraussetzungen der Anwendung des § 5 des Prager Friedens ausgehend, sollte aber gerade diese grundsätzliche Festlegung nach der Zäsur des ersten Weltkrieges für die Haltung der Sozialdemokratie zur Durchführung der von ihr im Grundsatz bejahten Volksabstimmung bedeutsam werden. Die laufende Bezugnahme auf sie und ihre mehrfache Modifizierung entsprechend der schnell sich verändernden politischen Situation in dem Jahrfünft von 1918 bis 1923 spiegelt sehr lebendig ihre Bedeutung für die Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit der infolge der allgemeinen politischen Ereignisse auch sehr schnell sich verändernden nationalen Atmosphäre in Schleswig.

Das Jahrfünft von 1918 bis 1923

ZUR NATIONALEN ENTSCHEIDUNG AUFGERUFEN

Noch ganz im Geiste der Vorkriegszeit...

Noch ganz im Geiste der Vorkriegszeit gehalten und von dem umstürzenden Wandel der politischen Verhältnisse infolge des ersten Weltkrieges völlig unberührt ist eine Erklärung der damaligen sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in Flensburg, datiert vom 29. Oktober 1918, als die kommende Volksabstimmung schon irgendwie „in der Luft lag“. Sie hat folgenden Wortlaut:

Gemäß unserer programmatischen Forderung betr. das Selbstbestimmungsrecht der Völker und unter Hinweis auf den Beschluß unseres Provinzialparteitages hier in Flensburg im Jahre 1902, ferner in Anbetracht all des Unrechts, welches der dänischsprechenden Bevölkerung in Nordschleswig während der Jahre der Annexion angetan worden ist und noch wird, verlangen wir, daß es dieser Bevölkerung von der Königsau bis zur Eider unbenommen bleiben soll, durch Abstimmung selbst darüber zu beschließen, ob sie zu Dänemark zurückkehren will oder nicht. Ferner verlangen wir unsererseits, daß seitens der Reichsregierung sofort der dänischsprechenden Bevölkerung nach jeder Richtung hin dieselben Rechte gewährt werden sollen, wie die deutsche Bevölkerung in Nordschleswig sie besitzt, sei es auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts oder in bezug auf dänischen Schulunterricht, dänische Gerichtssprache sowie alle sonst noch in Frage kommenden Rechte...

Den vorliegenden Antrag ... auf Einlegung einer Verwahrung gegen die eventuelle Abtretung des genannten Gebietes lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab.

Erfurth Diez Sörensen Michelsen Thomsen

Diese Erklärung ist deshalb besonders bemerkenswert, weil sie auch die Unterschrift von Waldemar Sörensen trägt, des späteren exponierten Vertreters des Dänentums in Flensburg, dessen Einfluß bei der Formulierung besonders im Schlußsatz unschwer zu erkennen ist.

*

Vier Wochen später – das Kaiserreich hatte aufgehört zu existieren, die Weimarer Republik war noch nicht geboren, in der Zeit des Interregnums der Arbeiter- und Soldatenräte – begegnen wir wieder Eduard Adler, dem Verfasser der Resolution von 1902. Er ist vom Volksrat, dem „Kopf“ der schleswig-holsteinischen Arbeiter- und Soldatenräte, als Beigeordneter des Regierungspräsidenten nach Schleswig gesandt worden. Hier nimmt er sofort mit der nachstehend wiedergegebenen Verlautbarung zur Situation im schleswigschen Grenzgebiet Stellung:

Im Interesse der Gesamtheit, die wir auf Monate bestimmt noch bilden ...

Es laufen fortgesetzt falsche Gerüchte über das Schicksal Nordschleswigs um. Indem ich warne, ihnen Glauben zu schenken, teile ich folgendes zur Klärung mit: Die Reichsregierung hat die 14 Punkte Wilsons und damit auch das Recht der Völker auf Selbstbestimmung anerkannt. Daraus folgt, daß sie auch den Dänen die von ihnen gewünschte Abstimmung gewähren wird. Über die Formalitäten dieser Abstimmung steht noch nichts fest.

Auf Grund persönlicher Erkundigungen in Berlin und eigener Bemühungen kann ich versichern, daß alle einseitig gegen die Dänen gerichteten Verordnungen demnächst beseitigt werden und daß im Kultusministerium die Schulordnung für Schleswig einer Revision unterzogen wird.

Die Abtretung von Land an einen anderen Staat bedarf in allen Fällen der Zustimmung der preußischen Regierung wie der deutschen Nationalversammlung. Bis zu dem Tage, wo diese vorliegen, gelten für Nordschleswig alle Reichs- und Staatsgesetze unbeding, auch die antidänischen Verordnungen. Solange da keine Änderungen eintreten, sind ihre Vorschriften zu beachten und zu befolgen.

Das gleiche gilt von der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Eigennütziges Handeln kann die Hungersnot herbeiführen. Ebenso wirkt die Verweigerung von Arbeit oder Lieferung jetzt verheerend.

Im Interesse der Gesamtheit, die wir auf Monate bestimmt noch bilden, bitte ich aufs inständigste: arbeitet, organisiert und haltet Ordnung!

Schleswig, 30. November 1918

Ed. Adler, Beigeordneter beim Regierungspräsidenten

Bei Gutmachung eines Unrechts kein neues schaffen

In der „Freiheit“, der von der Flensburger Sozialdemokratie herausgegebenen Wahlzeitung aus Anlaß der Nationalversammlungswahl, heißt es:

Unsere Stellung ist also klar gegeben. Die Bevölkerung, die dänisch gesonnen ist und ihr Heil im Anschluß an Dänemark sieht, möge sich zur Abstimmung hierfür aussprechen, die deutsche Bevölkerung aber möge man bei Deutschland lassen. Und sollten die Dänen durch ihre Agitation es erreichen, daß die Entente über die Köpfe der deutschen Bevölkerung hinweg das deutsche Mittelschleswig zu Dänemark schlägt, dann würde bei Gutmachung eines Unrechts ein neues großes Unrecht geschehn und der Grund zu neuer Zwistigkeit gegeben, womit dem dänischen Reich keineswegs gedient wäre. Es müßte eine solche Handlung unseren schärfsten Protest hervorrufen.

Aus der „Freiheit“, Wahlzeitung der Sozialdemokratie aus Anlaß der Wahl zur Nationalversammlung am 18. Januar 1919.

Damit ist die weitere Marschroute für die Sozialdemokratie während der Abstimmungszeit zum mindesten für die 2. Zone, mit Flensburg als Schwerpunkt, gegeben.

Im Zorne geschrieben:

Der Gewaltfriede und Schleswig

Im Zorne geschrieben ist Eduard Adlers Aufsatz „Der Gewaltfriede und Schleswig“. Er wurde nach Bekanntwerden der Bestimmungen des Versailler Vertrages für die Durchführung der Volksabstimmung geschrieben und im Fettdruck in der Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung veröffentlicht, und es ist anzunehmen, daß er zum mindesten die Billigung der Leitung der schleswig-holsteinischen Parteileitung gehabt hat. In ihm wird pointiert dem dänischen Anspruch auf Schleswig der deutsche entgegengestellt, soweit es nach Geschichte und Gegenwart deutsch ist und durch das – für Eduard Adler nicht zweifelhafte – Ergebnis der bevorstehenden – in ihren Modalitäten von ihm scharf verurteilten – Volksabstimmung erhärtet wird.

Für uns in Schleswig-Holstein hat jener Teil der frevlen Friedensbedingungen, welche die Entente dem deutschen Volke aufnötigen will, bei allem anderen, was uns daran erbittert und empört, noch eine besondere Bedeutung, nämlich der Teil, in dem von Schleswig-Holstein die Rede ist, ist für uns hochbedeutsam.

Auch hier hat, wie bei allen anderen Bedingungen, Verblendung und Maßlosigkeit unseren Feinden die Feder geführt. Im Sinne des Wilsonschen Programms hätten sie sich bewegt, wenn sie für die zukünftige Gestaltung der politischen Verhältnisse auf der jütischen Halbinsel eine Regelung vorgeschrieben hätten, bei der es den Dänen in Nordschleswig möglich gewesen wäre, ihren eigenen Willen zu bekunden und evtl. auf Grund dieses Willens an das Königreich Dänemark zu kommen. Verständlich wäre es auch gewesen, wenn die Entente sich den Ausführungen des dänischen Gesandten in Paris angepaßt hätte, die etwa dahin gingen, daß nur Land, in dem eine unzweifelhaft dänische Bevölkerung sitzt, an der Abstimmung beteiligt sein soll, und nur Land, in dem eine entsprechende Majorität der Abstimmenden nach Dänemark rief, an den dänischen Staat fallen sollte. Die maßgebenden Leute der Entente haben das anders gewollt.

Drei Zonen werden die Herren schaffen. Die erste dieser Zonen wird ein Land umschließen, das von wirklich dänischer Bevölkerung besetzt ist, wengleich darin auch große Streifen liegen, in denen die deutsche Bevölkerung unzweifelhaft die Mehrheit hat. Daß z. B. Christiansfeld, Hadersleben,

Apenrade und gewisse Teile in der Nähe von Flensburg eine deutsche Mehrheit besitzen und daß endlich die Stadt Tondern sogar überwiegend von Deutschen und Friesen besetzt ist, die nichts von Dänemark wissen wollen, ist zweifellos. In der Zwischenzone, die kurz nach der ersten abstimmen soll, sehen wir von vornherein nur eine Minderheit von Bezirken, in denen man vermuten könnte, daß dänische Leute darin in so großer Zahl hausen, daß einzelne Gemeinden bei passender Gelegenheit dänische Mehrheiten aufbringen können. Die dritte Zone aber ist derart gelegt, daß man wahrscheinlich dem Mann eine Prämie bezahlen muß, der bei einer Bevölkerung von vielleicht 150 000 Seelen hier auch nur ein ganzes Hundert Dänen nachweisen kann...

Wir Sozialdemokraten Schleswig-Holsteins haben schon das Recht der dänischen Bevölkerung Nordschleswigs vertreten, als die Herren Clemenceau, Lloyd George und Wilson gar nichts davon wußten, und wir haben gegen die alten preußischen Gewalthaber gekämpft wegen ihrer Bedrückung der Dänen Nordschleswigs auf dem Gebiet des Rechts, der Wirtschaft und der Kultur. Wir würden erfreut sein, wenn wir unter den heutigen Verhältnissen in der deutschen Republik Gelegenheit hätten, den Dänen zu zeigen, daß ihre Brüder auch in einem deutschen Lande für ihre Kulturinteressen volles Recht und volle Freiheit finden könnten. Wir sind auch heute bereit, wenn die Abstimmung zugunsten Deutschlands ausfällt, unseren dänischen Provinzgenossen ein Leben zu ermöglichen, das in mancher Beziehung viel besser als im Königreich Dänemark sein dürfte.

Aber wir sind auch im Sinne unserer leitenden Grundsätze als Sozialdemokraten und damit wieder im Sinne der 14 Punkte Wilsons bereit, den friedlichen Abzug ins dänische Königreich zu ermöglichen.

Aber ebenso, wie wir das Recht der Dänen achten, vertreten wir auch das der Deutschen. Ausgehend von der Pflicht, die wir haben, erheben wir in aller Freundschaft für die Dänen in Nordschleswig und bei allem Verständnis für ihre Leiden und Wünsche den Protest gegen die brutale Mache, welche man da in Versailles beliebt hat.

Eduard Adler

Aus einem Leitartikel Eduard Adlers
in der Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung vom 15. Mai 1919.

Mit dem allmählich auf vollen Touren laufenden Abstimmungskampf, in den die Sozialdemokratie sich nun hineingestellt sah, und in dem auch sie zur nationalen Entscheidung aufgerufen war, machte sich auch in ihren Reihen wie in der gesamten Arbeiterschaft die enorme Sprengkraft nationaler Leidenschaften

bemerkbar und drohte die bisher gewahrte organisatorische Einheit und ideologische Klammer zu zerreißen.

Die auf einer Konferenz der gesamten schleswigschen Sozialdemokratie am 20. Oktober 1919 wiederum von Eduard Adler eingebrachte und von den Delegierten einmütig gebilligte Resolution ist darum nationalpolitisch wesentlich zurückhaltender als sein engagierter und scharf schießender Juni-Aufsatz.

EINE ZWISCHENBILANZ: DIE APENRADER RESOLUTION VON 1919

Die Vertreter der sozialdemokratischen Parteiorganisationen in den Gebieten der 1. und 2. Zone, d. h. der Landkreise Hadersleben, Sonderburg, Apenrade, Tondern und des Stadtkreises Flensburg hielten am 20. Oktober eine Konferenz ab, auf der Organisationsangelegenheiten und die Abstimmungsfrage erörtert wurden. Auf dieser Tagung gelangte folgende vom Genossen *Eduard Adler* eingebrachte Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die Sozialdemokratie ist eine Partei, die unter Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker die Arbeiter aller Nationen durch ein gemeinsames Band umschlingt, um so den Kampf um die Befreiung des Proletariats vom Joche des Kapitals in enger Zusammenarbeit zu führen. Sie ist darum in allen Ländern und Staaten für das Recht der Unterdrückten eingetreten und hat scharf allen Versuchen Widerstand geleistet, die Angehörigen eines Volkes gegen die eines anderen Volkes zu verhetzen. Aus dieser Vergangenheit ist ohne Mühe die Haltung der Sozialdemokratie angesichts der bevorstehenden Entscheidung über die neue Grenzlinie in Nordschleswig zu ziehen.

Wir gestehen dem Deutschen wie dem Dänen das Recht zu, für seine Kultur und den Zusammenhang mit der Staatsorganisation seines Stammes zu wirken und zu stimmen. *Wir erklären aber unsere Parteiorganisation als solche für unzuständig, in diesen Kampf einzutreten.*

Die deutschen und die dänischen Sozialdemokraten bleiben politisch und sozial vereint und werden, wie auch das Schicksal in der einzelnen Gegend entscheidet, einig bleiben im Deutschen Reich so gut wie im Staate Dänemark.

Ganz anders ist natürlich unsere Stellung zu den Bestimmungen des Friedensvertrages in bezug auf die en-bloc-Abstimmung und die Rechtlosigkeit der vielen Tausende, die fast ein Menschenalter hindurch in Nordschleswig lebten und wurzelten. Hier liegt eine Brutalität und eine Vergewaltigung eines Teiles unserer Volksgenossen vor, die uns als Partei zum schärfsten Protest und zu der Erklärung zwingt, daß das Ergebnis der bevorstehenden Abstimmung nicht als

eine Entscheidung im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker anerkannt werden kann und anerkannt werden wird.

Wir sprechen dagegen die Erwartung aus, das später das dänische und das deutsche Volk einen Weg finden werden, auf dem nachträglich die aufgezwungene Entscheidung von heute korrigiert und den Völkern wirklich ihr Recht gegeben wird.

Indem sich die Sozialdemokratische Partei als solche zur Stellungnahme pro oder kontra im Abstimmungskampf für nicht zuständig erklärt und die nationale Entscheidung für Deutschland oder Dänemark jedem einzelnen Mitgliede freistellt, wahrt sie den ideologischen Zusammenhang mit ihrer Vergangenheit und ihre gefährdete organisatorische Einheit und trägt doch den Notwendigkeiten der Stunde Rechnung. Sie begibt sich damit aber der direkten Einflußnahme auf den Gang der Dinge, und ob offiziell weiterhin vereint, gehen deutsche und dänische Sozialdemokraten spätestens von diesem Zeitpunkt an national getrennte Wege.

Es geht um die gemeinsame Sache: Das neue Deutschland!

Im „Schutzbund“ schuf man sich eine recht lose gefügte Organisation, die zusammengehalten wurde durch das Eintreten für die gemeinsame Sache: die Erhaltung des deutschgesinnten Teils Schleswigs bei Deutschland, bei einem neuen, fortschrittlich gesinnten, republikanischen Deutschland, mit der deutschen Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie als einer politisch tragenden Kraft: der Arbeiter nicht mehr der „vaterlandslose Geselle“, der „Hintersasse der Nation“, sondern Mitträger und Mitgestalter von Staat und Gesellschaft. Damit wurde das eigene, sozialistische Streben zum nationalen Anliegen, und von hier aus erhielt das Eintreten für Deutschland bei der Volksabstimmung seinen politischen Sinn und menschlichen Schwung. So wurde mit einem ganz kleinen „Apparat“, gestützt auf die organisatorischen Verbindungen und mehr noch menschlichen Bindungen in der schleswigschen Arbeiterschaft die Arbeit geleistet. Eduard Adler holte sich seine engsten Mitarbeiter aus dem ihm besonders vertrauten Kreise der Kieler Arbeiter-Jugend. Da war zunächst Karl Meitmann, der dann Sekretär bei Adolf Köster wurde, da waren August Rathmann und Hermann Brennecke, die in Schleswig bei Adler arbeiteten. Zu diesen jungen Kieler Sozialdemokraten gehörte ebenfalls der Arbeitersekretär Friedrich Bauer, der im Frühjahr 1919 von Kiel nach Flensburg kam als Nachfolger des in die Nationalversammlung gewählten Peter Michelsen. – Zu diesem Kieler Kreis zu zählen sind aber auch sozialdemokratische

Politiker wie Wilhelm Kukulinski, Karl Ratz und Andreas Gayk, deren Meinung und Wort in den erneuten grenzpolitischen Auseinandersetzungen nach 1945 nicht ohne Gewicht gewesen sind. Dazu gehört seiner Anschauung nach auch Dr. Adolf Köster, was schon durch die Wahl seines Sekretärs zum Ausdruck kommt.

Plakathaft, flugblattmäßig vereinfacht und vergrößert, in der Formulierung unbeholfen findet sich dieses werdende, noch um seinen Ausdruck ringende positive deutsche Nationalgefühl in den Kreisen der Sozialdemokratie in einem Flugblatt aus den Tagen kurz vor der Abstimmung in der zweiten Zone:

Deutsche Arbeiter!

Tut Eure Pflicht am Tage der Abstimmung!

Kein deutscher Arbeiter darf den deutschen Volksstaat verraten, den er hat schaffen helfen. Die Verfassung der deutschen Republik ist die fortschrittlichste und freieste der Welt. Im Rahmen dieser Verfassung ist jeder Fortschritt gesichert, dem der Kampf der Arbeiterschaft der ganzen Welt gilt... Die dunklen Zeiten werden überwunden. Das deutsche Volk trägt die Kraft in sich. Vorbildlich für alle Klassengenossen der Welt war die deutsche Arbeiterschaft bisher. Sie wird auch künftig wieder an der Spitze marschieren und die Bahn freimachen helfen für eine neue Zeit der Freiheit und Gerechtigkeit...

Es gilt die Fortentwicklung und den Ausbau unseres Staats. Die nächsten Jahre sollen uns die Ernte der Saat bringen – wer will da zurückstehen? Wer will da fortlaufen?

Haltet aus bei dem Volksstaate, der Euer ist!

Schafft Euch in ihm noch bessere Bedingungen. Es liegt an Euch!

Tut Eure Pflicht, deutsche Arbeiter, und bleibt der Republik treu!

Baut weiter mit uns am deutschen Volksstaate!

Nach einem Original im Flensburger Stadtarchiv.

Gefahr vom Süden: Der Kapp-Putsch

Für die „in diesem Sinne deutsch Gesinnten“ und in dieser Weise für die deutsche Nation eintretenden Sozialdemokraten war der zwei Tage vor der Volksabstimmung anlaufende Kapp-Putsch natürlich ein ganz schwerer Schlag, der ihr ganzes Streben in Frage stellte. Im Interesse der Volksabstimmung galt es, ihn mit aller Macht zu bekämpfen. So gesehen, stehen die Geschehnisse in Schleswig in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Abstimmung des 14. März 1920, und darum ist ihnen in diesem Heft mit den Erinnerungen Karl Meitmanns ein besonderes Kapitel gewidmet worden. Daß der Kapp-Putsch trotz

der sofort einsetzenden dänischen Propaganda nicht stärker auf das Abstimmungsergebnis einwirkte, konnte man nicht wissen.

Gefahr vom Norden: Die Internationalisierung

Aus der gleichen Grundeinstellung reagierte die Arbeiterschaft genauso heftig auf die kurz nach der Abstimmung auftauchende Gefahr der Internationalisierung Schleswigs. Die Abstimmung war gewesen, das Ergebnis lag fest, also meldete sich die Sozialdemokratische Partei wieder direkt zum Wort mit folgendem Aufruf:

An die Sozialdemokratie Dänemarks

Die Abstimmung am 14. März ergab den entschiedenen Willen der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung der zweiten Zone, bei Deutschland verbleiben zu wollen. Gemäß dem Friedensvertrag muß der durch die Abstimmung am 14. März unzweideutig zum Ausdruck gekommene Wille der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung in der 2. Zone für das Verbleiben bei Deutschland maßgebend sein...

Eine Internationalisierung der zweiten Zone soll dem Zwecke dienen, während einer Reihe von Jahren die deutsche Bevölkerung mit allen Mitteln zu bearbeiten, um nach Ablauf der Frist ein anderes, für den Anschluß an Dänemark günstiges Resultat zu erzielen. Eine Internationalisierung der zweiten Zone wäre eine langsame Vergewaltigung der Bevölkerung und ein gewissenloses Verschachern eines Teiles des deutschen Volkes und deutschen Landes...

Wir erwarten, daß die Parteigenossen Dänemarks alle Versuche einer Angliederung oder Internationalisierung der zweiten Zone mit uns aufs schärfste bekämpfen, daß sie keiner Lösung der Grenzfrage zustimmen werden, die das herzliche, brüderliche Verhältnis zwischen der dänischen und der deutschen Sozialdemokratie stört. In vollem Vertrauen senden wir brüderliche Grüße

Die Sozialdemokratie Flensburgs I. A.: C. Cunow

Flensburger Volks-Zeitung vom 22. April 1920

Neue Probleme sind zu lösen...

Daß durch eine Volksabstimmung, auch wenn sie unter anderen und gerechteren Bedingungen als denen des Versailler Vertrages durchgeführt worden wäre, und die danach gezogene neue Grenze wohl Probleme aus der Welt geschafft werden können, aber zugleich neue, nicht weniger komplizierte auftauchen, das sollte auch die Sozialdemokratie sehr schnell zu spüren bekommen. Die Arbeiterorganisationen in dem nun zu Dänemark gehörenden Teil Schlewigs waren ja bisher nicht nur organisatorisch, sondern auch geistig und vor allem menschlich durch jahrzehntelange gemeinsame Arbeit sehr eng miteinander verbunden. Mit dem verständlichen Anspruch der dänischen Organisationen auf die Führung der Geschäfte und durch die Art, wie der dänische Staat die Wiedervereinigung mit dem Mutterlande durchführte, wurden auch für die Sozialdemokratie Fragen aufgeworfen, die eine Lösung erheischten, vor allem im Interesse der deutschgesinnten Sozialdemokraten, die sich nun als nationale Minderheit in die dänischen Verhältnisse, staatliche wie parteiliche und gewerkschaftliche, hineinzufinden hatten.

Zur praktischen Lösung der hier auftauchenden zahlreichen Schwierigkeiten, und um eine grundsätzliche Klärung der neu anstehenden Fragen hat im Laufe des Jahres 1921 besonders Friedrich Bauer¹ beigetragen. Ganz im Sinne Eduard Adlers veröffentlichte er in der Flensburger Volks-Zeitung einen Appell an die nordschleswigschen Arbeiter mit folgendem Wortlaut:

An die nordschleswigschen Arbeiter!

Erst gestern [15. Juli 1921] brachten wir die Nachricht, daß nordschleswigsche Arbeiter ihren Austritt aus der dänischen Sozialdemokratie und ebenfalls aus den dänischen Gewerkschaften vollziehen wollen oder schon vollzogen haben. Wir glaubten, daß dieser Schritt aus Unüberlegtheit, aus Verärgerung und in voreiliger Weise getan war. Leider steht dieses Bestreben nicht vereinzelt da. Aus Hadersleben, Apenrade und Sonderburg und aus einigen kleineren Orten wird uns berichtet, daß auch dort Stimmen laut werden, die eine eigene nordschleswigsche Organisation anstreben, weil es ihnen nicht in der dänischen Bruderpartei und nicht in den dänischen Gewerkschaften behagt. Uns scheint, daß die Leute, die einen solchen Schritt propagieren, sich über die Tragweite dieses Schrittes gar nicht klar sind. Gesetzt den Fall, daß ein solcher Schritt getan würde, so wäre ein Anschluß an die deutschen Parteien und an die deutschen Gewerkschaften nicht möglich, weil schon deren Statuten und die Vereinbarungen mit der dänischen Partei und den dänischen

1 Siehe hierzu Grenzfriedensheft 3/1962: „Ein vergessenes Kapitel“.

Gewerkschaften solchen Anschluß gar nicht zulassen. Eine abgetrennte, finanzschwache nordschleswigsche Organisation würde, kaum aufgebaut, beim ersten Kampf zusammenbrechen, und deren Angehörige würden rettungslos zum Spielball der übrigen politischen Parteien bzw. der Arbeitgeber, zumal die gegnerischen Organisationen in Dänemark recht straff organisiert sind... Man ändert nichts dadurch, daß man austritt. Behagt den nordschleswigschen Arbeitern dieses oder jenes in der Bruderpartei oder in den dänischen Gewerkschaften nicht, dann versuche man es zu ändern. *Das kann geschehen, wenn sich die nordschleswigschen Arbeiter Mann für Mann der dänischen Sozialdemokratie und den dänischen Gewerkschaften anschließen und kraft ihrer Stärke Einfluß zu gewinnen suchen, um ihnen die gewünschte Richtung zu geben.* Nicht Austritt, sondern Masseneintritt ist der richtige Weg. *Auch für die Nordschleswiger gilt das Wort eines Karl Marx: Proletarier, vereinigt euch!* Nur das letztere liegt im eigenen Interesse. Flensburger Volks-Zeitung, 16. Juli 1921.

Nur ein Wort wäre umzustellen...

Dazu tat er ein weiteres: Mit Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker forderte er die Schaffung eines deutsch-dänischen Minderheitenrechts und veröffentlichte dazu Vorschläge in seiner Broschüre „Sozialdemokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker“. Dabei berief er sich auf die Resolution der Sozialdemokratie von 1902 und die Apenrader Resolution von 1919 und machte zu ihrer Modifizierung folgenden interessanten Vorschlag:

Nehmen wir die eingangs erwähnte EntschlieÙung von 1902 zur Hand. Wir brauchen nur eine Wortumstellung vorzunehmen. Dadurch kommen wir so vortrefflich über alle Schwierigkeiten hinweg, daß es unseren dänischen Genossen eine Freude sein muß, den Kampf für die Rechte der deutschen Minderheiten in Dänemark ebenso energisch aufzunehmen, wie ihn die deutsche Sozialdemokratie für die dänischen Minderheiten in Deutschland geführt hat. Unnötig, zu sagen, daß die deutsche Sozialdemokratie die Rechte der dänischen Minderheiten südlich der Grenze ebenso energisch vertreten wird. Nehmen wir zu der EntschlieÙung von 1902 noch die Apenrader von 1919 mit als Grundlage, und das müssen wir schon, weil die in den abgetretenen Gebieten ansässigen Genossen sie einstimmig angenommen haben, dann bekommt unsere Stellung zur Frage des Selbstbestimmungsrechts eine so klare und präzise Form, daß wir sie vor der ganzen Welt verantworten können. Wir hätten dann zugleich auch eine gemeinsame Plattform für den gemeinsamen Kampf um das Minderheitenrecht. Wir würden also sagen müssen:

a) die durch die Volksabstimmung in Schleswig herbeigeführte Entscheidung

kann nicht als eine im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker anerkannt werden. Wir sprechen daher die Erwartung aus, daß das deutsche und dänische Volk einen Weg finden werden, auf dem die den Ländern aufgezwungene Entscheidung korrigiert und beiden Völkern ihr Recht gegeben wird;

- b) daß alle Bewohner Nordschleswigs, die *deutschen* Stammes sind, solange sie gezwungen oder freiwillig zum *dänischen* Reiche gehören, und umgekehrt, daß alle Bewohner Schleswigs, die dänischen Stammes sind, solange sie gezwungen oder freiwillig zum deutschen Reiche gehören, ein Recht auf Schutz ihrer nationalen Eigenart, ihres Volkstums, ihrer Muttersprache und volle politische Gleichberechtigung haben.

Aus Friedrich Bauer: „Sozialdemokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker“.
Erschienen August 1921.

Der Ruf zur Sammlung im „Grenzbund“

Als drittes erschien von ihm der Aufruf zum Eintritt von Deutschen und Dänen zu beiden Seiten der neuen Grenze in den „Grenzbund“, der als geistige und organisatorische Klammer über die neue Grenze hinweg und als Instrument der deutschdänischen Verständigung gedacht war.

In dem Aufruf heißt es schon ganz im Sinne der im demselben Jahre 1921 verabschiedeten Kopenhagener und Berliner Resolutionen der beiden Sozialdemokratien:

Die Abstimmungen in Nordschleswig sind gewesen, ihre Ergebnisse gehören der Geschichte an. Sie haben stattgefunden nach den Vorschriften des Friedensvertrages und dürfen trotz wesentlicher Mängel, welche eben diese Vorschriften mit sich brachten, als Äußerungen des Willens der Dänen und der Deutschen in Nordschleswig darüber anzusehen sein, wie sie ihr Schicksal in Zukunft gestalten wollten. Sache der beteiligten Staaten und der beiden in Nordschleswig nebeneinander wohnenden Völker ist es nun, sich mit dem Ergebnis abzufinden und den Weg in die Zukunft zu suchen. Die Völker werden diese Aufgabe zu erfüllen haben, indem sie dauernd die Wahrung und vollständige Durchführung des Selbstbestimmungsrechts ins Auge fassen und Verhältnisse schaffen, in denen den berechtigten Interessen der Deutschen und den wirklich gut begründeten Ansprüchen der Dänen Rechnung getragen wird ...

Erschienen im Sommer 1921.

Bauers Bemühungen verliefen leider mehr oder weniger im Sande. Einmal, weil das erhoffte Echo aus Nordschleswig fast völlig ausblieb, und zum anderen, weil

Bauer als der Initiator und Motor all dieser Bemühungen im Herbst des Jahres aus beruflichen Gründen Flensburg verließ und sich anscheinend niemand fand, der hier im Grenzland das Begonnene mit Erfolg fortsetzte.

So fiel die weitere Entwicklung den zentralen Instanzen in Kopenhagen und Berlin zu. Die Anregung zu der Besprechung am 20/21. Juni 1921 ging aber noch vom Grenzbund aus.

Im Mittelpunkt der Kopenhagener Besprechungen standen aktuelle Einzelfragen, wie aus der dort beschlossenen Resolution hervorgeht, während man sich über die Grundsatzfragen in der Berliner Konferenz verständigte. Diese fand ein halbes Jahr später, am 28. November 1921, statt, und die dort getroffene Vereinbarung ist nach der Präambel des beinahe genau auf den Tag zwei Jahre später abgeschlossenen Wels-Stauning-Abkommens als Bestandteil desselben zu betrachten, wird aber kaum jemals zitiert. Ihrer Bedeutung wegen erscheint sie hier im Wortlaut:

WIEDER EINE ZWISCHENBILANZ: DIE BERLINER KUNDGEBUNG VOM NOVEMBER 1921

Über den Minoritätenschutz in Nordschleswig hatten die dänischen und deutschen Arbeiterorganisationen bereits am 21. und 22. Juni 1921 in Kopenhagen einen Beschluß gefaßt, zu dessen weiterer Durchführung am 26. November zu Berlin eine neue Konferenz dieser Organisationen tagte. Das Ergebnis der neuen Verhandlungen ist folgende Kundgebung:

Der einzig wirksame Schutz nationaler Minderheiten im Grenzgebiet ist der durch die Gesetze der Staaten gewährleistet, und es wird in dieser Beziehung ausgesprochen, daß jedes Land am liebsten aus eigenem Antrieb der ihm obliegenden moralischen Pflicht Genüge zu leisten hat. Die Gesetze müssen den berechtigten Ansprüchen der Minderheiten entsprechende Bestimmungen enthalten, und die Sozialdemokratie ist das natürliche Organ zur Sicherung der Wahrung dieser Interessen. Die Vertreter verpflichten die Sozialdemokratie, durch Anträge an die Regierungen und die gesetzgebenden Körperschaften zu erwirken, daß namentlich anerkannt wird, daß die im folgenden angeführten Gesetze und Bestimmungen für den Schutz der Minderheiten von Bedeutung sind, und ausgesprochen wird, daß den gesetzgebenden Körperschaften der beiden Länder die Pflicht obliegt, auch fernerhin eine Gesetzgebung mit einem Inhalt wie in der gegenwärtigen aufrecht zu erhalten ...

[Es folgt eine Aufzählung der dänischen Gesetze. Für Deutschland wird die Aufrechterhaltung der Weimarer Verfassung, namentlich der Artikel 109 bis 149, verlangt; anschließend werden drei Einzelfragen angeführt, um deren Regelung man sich auf

dänischer bzw. deutscher Seite besonders bemühen will.]

Indem man im übrigen den Wunsch eines guten brüderlichen Verhältnisses zwischen den Bevölkerungen der beiden Länder ausspricht, erkennt man die durch den Vertrag von Versailles 1919 und die stattgehabte Volksabstimmung festgelegten Grenzen als die gesetzlichen an. Die Vertreter verpflichten die Sozialdemokratie ihrer Länder, alle etwa entstehenden Meinungsverschiedenheiten über Gesetze oder Praxis in den Grenzgebieten einer Prüfung zu unterziehen und sie eventuell den Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften ihrer Länder zu unterbreiten.

Nach der „Schleswigschen Grenzpost“ vom 12. Dezember 1921.

Schon in dieser Verlautbarung steht der Satz von der Anerkennung der Grenze als der gesetzlich festgelegten, der bei der Veröffentlichung des Wels-Stauning-Abkommens zwei Jahre später soviel Staub aufwirbeln sollte; er ist damals aber anscheinend unbeachtet geblieben.

Mit diesem Abkommen wurde von den Zentralinstanzen, sowohl der deutschen als auch der dänischen Sozialdemokratie, die Zeit der Volksabstimmung in Schleswig endgültig abgeschlossen, die neue Grenze mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen „de facto“ anerkannt und dieses zur Grundlage ihrer künftigen, nunmehr Minderheitenpolitik gemacht. Das Wels-Stauning-Abkommen, am Ende des turbulentesten Inflationsjahres abgeschlossen, geht über die Vereinbarungen von 1921 nicht hinaus, sondern bestätigt sie nur noch einmal und bekräftigt den Willen beider Parteien, angesichts der damaligen separatistischen Strömungen beiderseits der neuen Grenze an dieser als einer feststehenden Tatsache festzuhalten und dies zum gemeinsamen Nenner ihrer Politik zu machen.

DIE ZWEITE WEGMARKE: DAS WELS-STAUNING-ABKOMMEN VOM DEZEMBER 1923

An die Sozialdemokraten Deutschlands und Dänemarks

In der Berliner Konferenz vom 26. Oktober 1921 zwischen Vertretern dänischer und deutscher Arbeiterorganisationen erörterte man eine Reihe von Fragen, die die Bevölkerung zu beiden Seiten der dänisch-deutschen Grenze betreffen, und

in den Beschlüssen dieser Konferenz wurde auch die Bereitwilligkeit der sozialdemokratischen Parteien ausgesprochen, die Behandlung der Fragen bezüglich der Grenzgegenden künftig gemeinsam in Angriff zu nehmen. Demgemäß haben sich Vertreter der Arbeiterorganisationen nördlich und südlich der Grenze sowie der Leitungen der dänischen und deutschen Sozialdemokratie am 25. November 1923 zu einer neuen Konferenz in Flensburg vereinigt. Veranlaßt wurde diese Konferenz durch die chauvinistische Agitation, die sowohl von deutschen wie von dänischen Kreisen betrieben wird, eine Agitation, die von der Konferenz verurteilt und bedauert wird. Wenn diese chauvinistischen Kreise die Gewalt hätten, ihre Pläne durchzuführen, so wäre das Ergebnis ein neuer nationaler Streit, eine Störung des gegenseitigen Vertrauens, das sich seit der Regelung der Grenze zu verbreiten begonnen hat, und eine Reihe von neuen Reibungen und neues Unheil für die Grenzbevölkerung der betreffenden Landesteile. Wegen der Pläne, die von einzelnen Personen aus dänischen Kreisen entworfen sind, und auf eine Verschiebung der Grenze bis zu einem südlicheren Punkt als dem vereinbarten abzielen, falls die auf Grund der traurigen Verhältnisse in Deutschland einsetzende Zersplitterung und Auflösung weiter fortschreitet, erklären die dänischen Vertreter, daß solchen Versuchen einer Ausnutzung der Not des Deutschen Reiches mit dem einhelligen Widerstand der Sozialdemokratischen Partei und der gesamten Arbeiterklasse Dänemarks entgegengetreten wird. Denselben Standpunkt vertritt nach der Äußerung des Staatsministers Nergaard im Folketing des dänischen Reichstags am 18. Oktober d. Js. die gegenwärtige Regierung Dänemarks, und es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß eine überwältigend große Mehrheit des dänischen Volkes unbedingt diesen Standpunkt einnimmt.

Ebenso lehnt die deutsche Sozialdemokratie kategorisch alle auf eine Wiedereroberung des jetzt Dänemark zugesicherten Gebietes abzielenden Pläne ab. Diesen Plänen, sei es, daß sie eine Wiedervereinigung des dänischen Schleswig mit dem Deutschen Reich oder die Schaffung eines selbständigen schleswigschen oder schleswig-holsteinischen Staates bezwecken, wird die Sozialdemokratische Partei, die deutsche Arbeiterklasse und die überwältigende Mehrzahl des deutschen Volkes den stärksten Widerstand entgegensetzen. Die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien beschließen, die sozialdemokratische Presse in beiden Ländern aufzufordern, mit aller Kraft gegen die völkerverhetzende Tätigkeit der Chauvinisten einzutreten; auch haben die Parteien die Kontrolle der Anwendung der Mittel zu verschärfen, die von den respektiven Ländern für sogenannte kulturelle Zwecke in Anwendung gebracht werden, und dagegen aufzutreten, daß unter diesem Namen der chauvinistischen Agitation und Pressetätigkeit Vorschub geleistet wird.

Die Konferenz bestätigt in völliger Übereinstimmung der sozialdemokratischen

Parteien in Dänemark und Deutschland, daß die nach dem Friedensschluß 1920 auf Grund stattgehabter Volksabstimmungen vereinbarte Grenze zwischen Dänemark und Deutschland als gesetzlich geltende Grenze anerkannt wird. Die deutsche sowie die dänische Sozialdemokratie lehnt jede irredentistische Tätigkeit ab. Ferner pflichtet die Konferenz der Erklärung vom 26. November 1921 über die Behandlung der beiderseitigen nationalen Minderheiten bei. Der einzig wirksame Schutz ist der durch staatliche Gesetze gewährleistetete; und man betont die Notwendigkeit der Erfüllung einer moralischen Pflicht, die den berechtigten Ansprüchen der nationalen Minderheiten entsprechen und die beiden Minderheiten hinsichtlich kultureller Rechte auf gleichen Fuß stellen.

Im übrigen bezieht sich die Konferenz auf die früher ausgesprochenen Erklärungen, nach denen die sozialdemokratischen Parteien beider Länder auch ferner zur Verwirklichung der den Minderheiten gegebenen Versprechen beitragen werden und wünscht die bestmögliche Nachbarschaft zwischen unseren beiden Völkern. Die sozialdemokratischen Parteien werden wie bisher den Weg angeben durch ein inniges, brüderliches Zusammenwirken der Arbeiterklasse unserer beiden Länder zur Förderung der gemeinsamen Interessen und zur Kräftigung des Friedens und der Freundschaft zwischen den beiden Völkern.

Der Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

i. A. Otto Wels

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks

i. A. Th. Stauning

Eigentümlicherweise hat dieses Abkommen nicht nur bei den politischen Gegnern beider Sozialdemokratien erheblichen Wirbel hervorgerufen, sondern auch die Sozialdemokratie des Grenzlandes hatte daran zu schlucken. Jetzt machten sich nämlich nachwirkend die Fußangeln der Adlerschen Resolution vom Oktober 1919 bemerkbar, wo gegen den Abstimmungsmodus protestiert und die Hoffnung auf eine künftige bessere Regelung der Grenze ausgesprochen wurde. – Aber mit dem Wels-Stauning-Abkommen war die zweite Wegmarke endgültig gesetzt.

Die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg

NOCH EINMAL NATIONALE ENTSCHEIDUNG

Was nach 1945 war, ähnelt in vielem dem Geschehen in dem Jahrfünft von 1919 bis 1923 und war doch nicht dasselbe, weil einige entscheidende Voraussetzungen andere waren. In der Oktober-Resolution von 1919 erklärte sich die schleswigsche sozialdemokratische Parteiorganisation *als solche* für die anstehende nationale Entscheidung nicht zuständig, plädierte in der Praxis aber mit dem Großteil ihrer Mitglieder für Deutschland.

Nach dem Zusammenbruch 1945 nahm die Sozialdemokratie in Flensburg ähnlich wie 1919 *im Prinzip* einen national neutralen Kurs, tendierte aber unter den ganz anderen politischen Prämissen nach dem totalen Zusammenbruch Deutschlands zu einer prodänischen Haltung.

Ähnlich wie in der Zeit des Interregnums 1918 Eduard Adler praktisch zum grenzpolitischen Sprecher der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie wurde, so nach 1945 Dr. Richard Schenck. Der durch die englische Besatzungsmacht noch nicht anerkannte, also illegal arbeitende Bezirksverbandsvorstand der Sozialdemokratischen Partei beauftragte ihn, den geborenen Flensburger und mit den nationalen Verhältnissen Vertrauten, in Flensburg nach dem Rechten zu sehen:

Der Ruf zur Ordnung

Werte Genossen!

Kiel, den 25. 8. 1945

Durch die Genossen Schenck und Arp sowie auch von anderen Mitgliedern des Bezirks sind wir über die Lage in schleswigschen Grenzgebiet unterrichtet. Wir verurteilen die separatistischen Umtriebe in Schleswig und beklagen ganz besonders, daß diese volksverräterischen und parteischädigenden Bestrebungen auch in sozialdemokratische Kreise Eingang gefunden haben. Der Bezirksverbandsvorstand hat für diese Bestrebungen kein Verständnis und erwartet, daß unsere Genossen sich von dieser Bewegung distanzieren. Wir erwarten insbesondere von unseren führenden Genossen, daß sie sich gegen diese Bestrebungen wenden.

Der Bezirksverbandsvorstand wird Euch darin mit allen Mitteln unterstützen, und wir werden nichts unversucht lassen, um auch die Wirtschaft im schleswigschen Gebiet wieder anzukurbeln. Der Genosse Schenck, der in unserem Auftrag nach Flensburg geht, genießt unser volles Vertrauen. Wir erwarten, daß alle diesbezüglichen Fragen im Einvernehmen mit ihm geregelt werden, im Interesse unseres Staates, den wir für die Arbeiterklasse erobern

wollen.

Der Bezirksverbandsvorstand

gez. Th. Werner gez. W. Kuklinski

Ernst Siegfried Hansen „Kurier der Heimat“

Wunsch zur Bestätigung des Wels-Stauning-Abkommens

Es ist nichts verständlicher, als daß Dr. Schenck das Wels-Stauning-Abkommen von 1923 mit seiner beiderseitigen Anerkennung der „gesetzlich festgelegten Grenze“ zum Ausgangspunkt seiner Bemühungen um den status quo im Grenzland Schleswig machte und der dänischen Sozialdemokratie bereits am 12. September 1945 eine beiderseitige Bestätigung dieses Abkommens vorschlug:

Die unterzeichneten Vertreter der deutschen und der dänischen Sozialdemokratie weisen auf den hier erneut aufgeführten Wortlaut des Grenzabkommens zwischen den beiden Parteien, datiert vom 26. November 1923, hin. Sie bestätigen hierbei, daß die Prinzipien, die in diesem Abkommen festgelegt sind, für ihre Parteien jetzt und in Zukunft bindend und verpflichtend sind...

Beide Parteien bestätigen hiermit feierlich, daß sie sich jeder Änderung des 1920 in Schleswig durch Volksabstimmung geschaffenen staatsrechtlichen Status kategorisch widersetzen werden, sei es durch Machtspruch oder durch erneute Abstimmung. Das Land braucht Frieden, Ordnung und Arbeit, nicht einen neuen nationalen Streit. Beide Parteien verurteilen deshalb auf das schärfste die sowohl von dänischen Privatpersonen als auch von deutschseparatistischer Seite erneut eingeleitete Agitation zum Zwecke der Losreißung Südschleswigs von Deutschland.

Ernst Siegfried Hansen in „Kurier der Heimat“.

Das dänische Nein!

Unter den politischen und psychologischen Voraussetzungen der damaligen Zeit war aber die dänische Antwort: Nein! Hans Hedtoft erklärte:

Die gemeinsame Stellungnahme über das Recht der Minderheiten und die schädliche Agitation der Fanatiker und Chauvinisten zu beiden Seiten der Grenze, die am 25. November 1923, also nach der Grenzfestsetzung im Anschluß an den vorigen Krieg von der dänischen und der deutschen Sozialdemokratie angenommen wurde, hat ja nichts mit der aktuellen Tagessituation zu tun. Das wissen jedenfalls die alten sozialdemokratischen Leiter in Flensburg, da sie die treibenden Kräfte bei diesem Beschluß waren. Aber heute existiert ein solches Übereinkommen ja nicht. Weder ich noch irgendein anderes Mitglied des Geschäftsausschusses oder des Hauptvorstandes der dänischen Sozialdemokratie hat vom Kriegsausbruch bis

zu diesem Augenblick irgendeinen Kontakt mit der Leitung der deutschen Sozialdemokratie über die Grenzfragen gehabt, weder direkt noch indirekt, weder mündlich noch schriftlich.

Ernst Siegfried Hansen in „Kurier der Heimat“.

Den schärfsten Kampf allem nationalen Neutralismus aber sagte Dr. Kurt Schumacher in seiner Rede am 5. Juli 1946 in Husum den Kampf an, wies aber gleichzeitig darauf hin, daß die Sozialdemokratie, wenn irgend möglich, einen neuen Abstimmungskampf vermeiden möchte.

Dr. Kurt Schumacher: National sein ist Ehrensache, international sein ist Aufgabe
Wenn wir nicht den Mut haben, mit selbstverständlicher Gelassenheit uns zu unserer Nation zu bekennen und im gleichen Atemzug alle nationalistische Entartung mit Todfeindschaft zu bekämpfen, dann wird niemals wieder etwas aus Deutschland werden. National sein ist Ehrensache, international sein ist Aufgabe, aber nationalistisch sein heißt heute, ein Todfeind sein des deutschen Volkes. Die SPD ist stets für die Erhaltung Deutschlands als eines geschlossenen Ganzen eingetreten. Das gilt für Bayern, das gilt für die Pfalz, das gilt für die Rheinlande. Und jetzt frage ich: Soll das nicht auch für Schleswig-Holstein gelten? Ich möchte erklären, wir respektieren jeden Dänen, wir respektieren jeden Deutschen, aber wir haben gar keinen Respekt vor den Speckdänen deutschen Geblütes. Dieses Südschleswig ist ein Stück deutschen Landes, das wissen wir alle. Und wenn wir erklären, wir wollen ein neues Deutschland nicht als einen neuen Nationalismus, sondern als einen gleichgeachteten und gleichberechtigten Bestandteil der Vereinigten Nationen von Europa, dann soll in diesem neuen Deutschland auch das südliche Schleswig mit dabei sein.

Durch die Presse geht jetzt die Nachricht, daß zum ersten Male in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei eine sozialdemokratische Organisation mit großer Mehrheit der in der Versammlung Anwesenden die Frage der Zugehörigkeit zu unserem Lande in einem Sinne offengelassen hat, daß es in Wirklichkeit ein Bekenntnis zur anderen Seite bedeutet. Das ist die erste Beschimpfung, die unsere Partei in der nationalen und der internationalen Frage aus unseren eigenen Reihen erlitten hat. Mit Zustimmung und im Einverständnis mit dem Bezirksvorstand der SPD Schleswig-Holstein erkläre ich als 1. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands: Der Sozialdemokratische Verein Flensburgs ist hiermit aufgelöst!

Wann dieses Land einmal dänisch war, ist uns gleichgültig. Es ist dem Empfinden seiner Bewohner nach und dem Volkstum seiner Bewohner nach deutsch.

Wir haben unser deutsches Volk am Leben zu erhalten. Und wir haben über allen Zwang und über alles Materielle hinaus noch die große Wiedergutmachungspflicht an Europa, nämlich ein Deutschland zu schaffen, vor dem sich niemand mehr zu fürchten braucht, weil es nicht kriegerischen und militärischen Geistes ist, sondern weil es seinen Nationalstolz darin sieht, durch Leistungen der Kultur mit anderen Völkern zu wetteifern.

Südschleswig aber ist deutsch, nicht aus einem hysterischen Nationalismus, sondern aus dem Nationalbewußtsein, das jeder englische Labourmann oder jeder französische Sozialist für sich in Anspruch nimmt.

Ich würde gern vermeiden, daß die Gehässigkeiten und die stupiden Anbrüllereien das Abstimmungskampfes über dieses Gebiet kämen. Kommen sie aber doch, dann werden wir in anständiger und würdiger Form als Sozialdemokraten unserer nationalen und internationalen Pflicht nachkommen. Wir werden den Feldzug gewinnen, den Feldzug für das arbeitende Volk, den Feldzug für Deutschland und den Feldzug für den Frieden der Welt!

Zitiert nach dem Bericht im „Flensburger Tageblatt“.

Man braucht sich nur an einen Tisch zu setzen...

Den aus dieser Auffassung entspringendem Wunsch nach einem deutsch-dänischen Grenzabkommen im Sinne des Wels-Stauningschen sprach kurze Zeit später auch Andreas Gayk aus:

Ich glaube, daß alle Berufungen auf die Geschichte Schleswig-Holsteins Träumereien an deutsch-dänischen Kaminen sind. Um die peinliche Situation in Südschleswig zu entwirren, ist meines Erachtens nur nötig, daß die beteiligten Regierungen und Parteien sich an einen Tisch setzen und sich über die Abgrenzung und die Rechte der Minderheiten miteinander verständigen. Und daß diese Abgrenzung und diese Rechte für die beiderseitigen Minderheiten gelten müssen, darüber sind sich hoffentlich auch die Mitglieder der Südschleswigschen Vereinigung nicht im Zweifel. An demselben Tage aber, an dem die beteiligten Regierungen und Parteien sich darüber verständigt haben werden, wer zur echten nationalen Minderheit gehört, und welche nationalen und kulturellen Rechte ihm zustehen, wird der Frieden im Grenzland wiederhergestellt sein, und zwar unter der Bedingung, daß es keine Politik mit doppeltem Boden geben darf.

Andreas Gayk in einer Rede am 19. Juli 1946.

Unsere Aufgabe ist, die Menschen für Deutschland zurückzugewinnen

Die Entwicklung verlief jedoch zunächst in der umgekehrten Richtung weiter. Hatte die dänische Sozialdemokratie sich doch mit Hedtofts Nein zum status quo in Schleswig und dem Offenhalten der Möglichkeit einer späteren

Grenzverschiebung zur Auffassung der nationalen Grenze als einer psychologischen Größe, einer Sache des nationalen Wollens und Seins, also zur Grenze als einer veränderlichen und dynamischen bekannt und damit zum nationaldänischen volklichen Denken.

Der Unterschied zur Gaykschen Auffassung der deutsch-dänischen Grenze als eines im wesentlichen staatspolitischen Problems liegt auf der Hand.

In der vielbeachteten Westerländer Rede Dr. Richard Schenks am 25. September 1948 mit ihrer Deutung des Schleswigtums und seiner nationalen Relevanz ist viel von dieser dänischen volklichen Auffassung der Grenze enthalten:

Die Bevölkerung Schleswigs ist in ihrem südlichen Teil bewußt politisch deutsch, in ihrem nördlichen, seit 1920 dänischen Teil, bewußt politisch dänisch, erst seit reichlich hundert Jahren, seit vier Generationen. Vorher aber gab es durch tausend Jahre ein stammbewußtes, im besonderen Maße heimatverwurzeltes und heimatliebendes Schleswigertum, das nie verlorengegangen ist und das in Notzeiten die historisch junge, daher noch dünne Kruste der Nationalität leicht durchbricht. Es ist verhältnismäßig billig, den deutschen Schleswigern, die heute im Lager der südschleswigschen Bewegung stehen, zum Vorwurf zu machen, daß sie aus platt materiellen Gründen, um sich den Konsequenzen des deutschen Zusammenbruchs zu entziehen, das Vaterland in der Stunde der Not verraten hätten. Zwar ist es richtig, daß sich die deutschen Südschleswiger in allen politischen Entscheidungen des letzten Jahrhunderts als Deutsche verhalten haben. Das hat sich auch in den verhängnisvollen Reichstagswahlen der Jahre 1930 bis 1933, die dem Hitlerismus den Weg zur Macht geebnet haben, gezeigt. 1932 haben 62 Prozent der südschleswigschen Wähler ihre Stimme den Nationalsozialisten gegeben, d. h. mehr als in irgendeinem deutschen Landesteil. Die Schleswiger sind also alle Wege und Irrwege der politischen Wende des letzten Jahrhunderts als Deutsche mitgegangen. Sie nehmen daher, wie alle anderen Deutschen, teil an der politischen Verantwortung für die Folgen und dürfen es uns nicht verübeln, daß wir sie aus dieser Mitverantwortung nicht entlassen können. Dieser Hinweis genügt aber nicht, um das Phänomen des Abfalls der deutschen Südschleswiger voll zu erklären, denn der ernstzunehmende, heute im SSW-Lager stehende Südschleswiger denkt gar nicht daran, diese Mitverantwortung zu leugnen. Er wendet aber ein, daß seiner Heimat ein übergroßes und in dieser Übergröße nicht zu tragendes Maß an Lasten aufgebürdet sei, ein größeres Maß als irgendeinem anderen deutschen Landesteil, selbst Holstein nicht ausgenommen. Aus diesen beiden Erwägungen, die er jetzt zu Anklagen gegen Deutschland formuliert, leitet der Südschleswiger das Recht her, Deutschland zu verlassen, bei dem es die ihm zuerst am Herzen liegenden Interessen seiner engeren Heimat nicht gut,

sondern schlecht aufgehoben sieht. Die dünne Kruste der Nationalität zerplatzt. Der Urschleswiger tritt hervor und ist bereit, politisch für Dänemark zu optieren, wo er das Wohl seiner engeren Heimat besser als in Deutschland aufgehoben glaubt. Das ist der ideologische Tatbestand, mit dem wir es zu tun haben, den genau so klar und deutlich, wie ich es hier getan habe ...

... Unsere Aufgabe ist, diese Menschen für Deutschland zurückzugewinnen. Das können wir aber nicht, wenn wir sie moralisch diffamieren. Damit erzielen wir nur eine Trotzreaktion. Ich kenne meine Landsleute. Zurückgewinnen können wir sie nur, wenn wir ihnen – nicht durch Versprechungen, die hierzulande sehr niedrig im Kurs stehen – durch Taten beweisen, daß es nicht wahr ist, wenn sie behaupten, ihre Heimat sei bei Deutschland schlechter aufgehoben, wenn wir ihnen den Gegenbeweis liefern, daß Deutschland aus den Sünden und Unterlassungen der Vergangenheit gelernt hat und entschlossen ist, jetzt und in der Zukunft alles mögliche zu tun, um dieses Land zu fördern. Was dann getan werden kann und getan werden muß, ist nicht wenig...

Dr. Richard Schenck in seiner Rede am 25. September 1948 in Westerland.

Von dieser Grundposition aus ist er später zu anderen Schlußfolgerungen über die grenzpolitischen Notwendigkeiten gekommen als die Landesleitung in Kiel und darum in Gegensatz zu ihr geraten. Während Richard Schenck der Volksabstimmungsstimmung nachgab, ja sie für die Wiedergewinnung des nationalen status quo für notwendig hielt, wurde mit der Kieler Erklärung das gleiche Ziel genau andersherum angesteuert:

DIE DRITTE WEGMARKE: DIE KIELER ERKLÄRUNG 1949

Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung, von dem Wunsche erfüllt, ein friedliches Zusammenleben der dänischen Minderheit mit der deutschen Bevölkerung zu sichern, die berechtigten Belange der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein zu gewährleisten und ein gutnachbarliches Verhältnis zum dänischen Volke herbeizuführen, erklärt mit Billigung des Schleswig-Holsteinischen Landtages und in der bestimmten Erwartung, daß die dänische Regierung der deutschen Minderheit in Dänemark dieselben Rechte und Freiheiten einräumen und garantieren wird, folgendes:

I.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 gewährleistet einem jeden und damit auch jedem Angehörigen der dänischen Minderheit ohne Rücksicht auf die von ihm benutzte Sprache

- a) das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit sowie die Unverletzlichkeit der öffentlichen Freiheit (Artikel 2),
- b) die Gleichheit vor dem Gesetz (Artikel 3 Abs. 1),
- c) das Verbot, jemand wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft oder seiner politischen Anschauung zu benachteiligen oder zu bevorzugen (Artikel 3 Abs. 3),
- d) die Glaubens- und Gewissensfreiheit (Artikel 4),
- e) das Recht der freien Meinungsäußerung und die Pressefreiheit (Artikel 5),
- f) die Versammlungs- und Vereinsfreiheit (Artikel 8 und 9),
- g) das Recht, den Beruf und den Arbeitsplatz frei zu wählen (Artikel 12),
- h) die Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13),
- i) die freie Gründung und Betätigung der politischen Parteien gemäß Artikel 21,
- k) den gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung (Artikel 33, Abs. 2), d. h. daß bei Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes zwischen Angehörigen der dänischen Minderheit und allen übrigen kein Unterschied gemacht werden darf,
- l) das allgemeine, unmittelbare, gleiche, freie und geheime Wahlrecht, das auch für die Landes- und Kommunalwahlen gilt (Artikel 28, Abs. 1),
- m) das Recht, den Schutz der Gerichte anzurufen, wenn er durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt wird (Artikel 19, Abs. 4).

Niemand darf daher auf Grund des geltenden Bundesrechts, das nach Artikel 31 des Grundgesetzes unbedingten Vorrang genießt, wegen seiner Zugehörigkeit zur dänischen Minderheit benachteiligt oder bevorzugt werden.

II.

In Ausführung dieser Rechtsprinzipien wird hiermit festgestellt:

1. Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei.
2. Die dänische Minderheit, ihre Organisationen und Mitglieder dürfen am Gebrauch der gewünschten Sprache in Wort, Schrift und Druck nicht behindert werden. Der Gebrauch der dänischen Sprache vor den Gerichten und den Verwaltungsbehörden bestimmt sich nach den allgemeinen Gesetzen.
3. Kindergärten, allgemeinbildende Schulen und Volkshochschulen (auch mit fachlicher Richtung) können von der dänischen Minderheit nach Maßgabe der Gesetze errichtet werden. In Schulen mit dänischer Unterrichtssprache ist ein

zureichender Unterricht in deutscher Sprache zu erteilen. Eltern und Erziehungsberechtigte können frei entscheiden, ob ihre Kinder Schulen mit dänischer Unterrichtssprache besuchen sollen.

4. Die Landesregierung hält es für selbstverständlich, daß die parlamentarische Gepflogenheit, alle politischen Gruppen in den Vertretungskörperschaften der Gemeinden, der Ämter, der Kreise und des Landes in angemessener Weise zur Mitarbeit in den Ausschüssen heranzuziehen, ohne Rücksicht auf die jeweiligen Mehrheitsverhältnisse Anwendung findet.
5. Die Landesregierung hält es für erwünscht, daß der Rundfunk der dänischen Minderheit wie anderen politischen und kulturellen Vereinigungen zugänglich gemacht wird.
6. Die Landesregierung hält es für erwünscht, daß dänische Geistliche und Kirchengemeinden nach vorhergehender Vereinbarung mit den zuständigen kirchlichen bzw. gemeindlichen Stellen Kirchen, Friedhöfe, ständige und ähnliche Einrichtungen unter wahlfreier Verwendung der gewünschten Sprache benutzen können.
7. Bei Unterstützung und sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln über die nach freiem Ermessen entschieden wird, bleibt die Zugehörigkeit zur dänischen Minderheit unberücksichtigt.
8. Öffentliche Bekanntmachungen sollen den Zeitungen der dänischen Minderheit nicht vorenthalten werden.
9. Dänische Staatsangehörige, denen die Landesregierung die Genehmigung erteilt hat, als religiöse, kulturelle oder fachliche Berater zu wirken (z. B. Geistliche, Lehrer, Landwirtschaftsberater usw.), dürfen gegenüber den Angehörigen entsprechender Berufe bei der Erteilung der Zuzugsgenehmigung und bei der Zuweisung von Wohnraum in der Gemeinde ihres Dienstsitzes nicht benachteiligt werden. Sie dürfen keine politische Betätigung ausüben.
10. Soweit in den vorhergehenden Punkten eine Zuständigkeit des Landes nicht gegeben sein sollte, wird es sich die Landesregierung angelegen sein lassen, sich für ihre Bewilligung und Durchführung bei den jeweils zuständigen Stellen einzusetzen.

III.

(Dieser dritte Abschnitt enthält die inzwischen gegenstandslos gewordenen ausführlichen Bedingungen über den Verständigungsausschuß. Auf eine Wiedergabe ist hier verzichtet worden.)

IV.

Die hier aufgestellten Grundsätze gelten sinngemäß auch für die friesische

Bevölkerung in Schleswig-Holstein.
Kiel, den 26. September 1949
Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung
Diekmann, Ministerpräsident

Über die Verhandlungen, die der Kieler Erklärung vorausgingen, teilte uns Jens Nydahl aus seiner Erinnerung folgendes mit:

Persönliche Erinnerungen Jens Nydahls

Die britische Besatzungsmacht war in den ersten Nachkriegsjahren ernstlich bemüht, durch Verhandlungen zwischen der dänischen Minderheit und der Kieler Regierung zu einer Verständigung zu kommen, um allen nationalistischen Bestrebungen entgegentreten zu können. Die Minderheit, vertreten durch die SSV, wünschte eine Festlegung ihrer Forderungen durch Anordnung der Besatzungsmacht und stellte sich einer Verhandlung mit der Regierung ablehnend gegenüber. Auch die Regierung verhielt sich zunächst ablehnend. Sie sah in der SSV nicht den gleichgestellten Verhandlungspartner. Dem britischen Drucke folgend, fügten sich beide.

Die erste gemeinsame Zusammenkunft fand unter Leitung des britischen Gouverneurs statt. Ergebnis war die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zur Beratung der von der SSV vorgelegten Liste ihrer Forderungen. Die Regierung legte keinen Entwurf vor. Von dänischer Seite nahmen an den Sitzungen folgende Herren teil: Bøgh Andersen, Samuel Münchow, Hermann Clausen, L. P. Christensen, Frantz Thygesen und Oberstleutnant Lundig als Beobachter. Die Vertretung der Regierung wurde mir und einem Juristen aus dem Innenministerium übertragen. Die Leitung der Sitzungen führte Viscount Chetwynd. Seine ruhige Art übertrug sich sichtlich auf die Teilnehmer. Selten griff er in die Debatte ein und ließ ihr freien Lauf.

Das Ergebnis der Beratungen wurde nun dem Kabinett vorgelegt. Den einzelnen Abschnitten wurde eine neue Reihenfolge gegeben, sachlich wurde sehr wenig geändert. Notwendig erschien es jedoch, der Liste eine Präambel voranzustellen und zugleich die im Grundgesetz aufgeführten Grundrechte gesondert aufzuführen. Diese Ergänzung wurde von den Herren Dr. Schenck und Dr. Lauritzen ausgearbeitet. Strittig war die Bezeichnung der Minderheit. Von dänischer Seite wünschte man die Bezeichnung „Dänische Volksgruppe“. Die Regierung lehnte diese Forderung ab. Präambel und Liste der Grundrechte behielten die Bezeichnung „Minderheit“, die Liste der einzelnen Forderungen

erhielt die Bezeichnung „dänisch gesinnte Bevölkerung“. Der nun fertiggestellte Entwurf wurde in der Schlußsitzung unter Vorsitz des Gouverneurs erneut beraten und endgültig verabschiedet. Am Schluß fühlte sich Chetwynd so befriedigt, daß er uns alle zu einem Whisky einlud. Bruno Diekmann war in der Zeit, als die Verhandlungen liefen, inzwischen Ministerpräsident geworden und erreichte durch seine Tatkraft und sein Geschick die Annahme der Erklärung im Parlament. Durch Diekmann und die Sozialdemokratische Partei ist ein neuer Abschnitt in der Grenzarbeit erreicht worden, Freiheit und Toleranz auch den Minderheiten gegenüber wurden leitende Motive einer vernünftigen Grenzpolitik. Ohne Kieler Erklärung wären die Erklärungen von Kopenhagen und Bonn nicht entstanden.

*

Der Redakteur Jensen von der „Südschleswigschen Heimat-Zeitung“ äußerte bei einer Veranstaltung: Bruno Diekmann ist der Vater der Kieler Erklärung, und wenn man nach einer Mutter fragt, dann kann nur der Name Nydahl genannt werden.

Wer den Weg mitgegangen ist...

Wie jeder echte Kompromiß ist die Kieler Erklärung – genau wie sein geistiges und auch formales Vorbild, das Wels-Stauning-Abkommen – zunächst von niemand begeistert begrüßt worden; wie jeder echte Kompromiß hat sich die Kieler Erklärung aber als genauso zukunftsweisend erwiesen wie ihr Vorläufer.

Beide Abkommen sind aus der sozialdemokratischen Tradition gewachsen und zustande gekommen, das eine Mal direkt, das andere Mal unter ihrer maßgebenden Mitwirkung. Sie konnten von ihr abgeschlossen werden, weil sie aus ihrer geschichtlichen Situation in ihrem ureigensten Interesse gezwungen war, nach Lösungen für nationale Spannungen zu suchen, die sie selbst zu zerbrechen drohten. Auch wer nicht zu ihr gehört, wird ihr Mühen und ihre Leistung respektieren müssen, und wer den Weg mitgegangen ist, wird wohl sagen dürfen, er sei nicht umsonst gewesen.

EIN NACHWORT

„Im Zusammensein mit Jens Nydahl öffnete sich mir zum ersten Male der Zugang zu einer Vorstellungswelt, die uns, den Söhnen konservativ denkender Bürgerfamilien, zunächst fremd erscheint: Er lebte seit seiner frühesten Jugend in sozialdemokratischen Gedankengängen, konnte in Einzelheiten mit seiner Partei verschiedener Meinung sein, stand aber zu ihr und ihren Prinzipien in einem unabdingbaren Loyalitätsverhältnis. Daß die Sozialdemokratie nicht mehr jung ist, erkannte man an der Verknüpfung aktueller Fragen mit historischen Betrachtungen. So auch in der Grenzfrage. Nydahls Auffassungen wurzelten im sozialdemokratischen und liberalen Widerstand gegen die Bismarcksche Konzeption und die wilhelminische Köller-Politik, sie stützten sich auf die Beschlüsse der internationalen Sozialistenkonferenz in Bern am Ende des zweiten Weltkrieges, aber auch auf die Abstimmungsarbeit des Sozialdemokraten Dr. Köster, und sie mündeten aus im Wels-Stauning-Abkommen von 1923. Man mochte weit davon entfernt sein, sozialdemokratische Neigungen zu haben, zu bestreiten war indessen nicht, daß sich hier eine klare Linie in der Grenzfrage geltend machte, und Nydahl vertrat sie in der sympathischsten Weise.“

Ernst Siegfried Hansen in „Kurier der Heimat“

Diese ausgezeichneten Formulierungen aus der Feder Ernst Siegfried Hansens erinnern mich an einen alten Bauern im Heimatdorfe in Nordschleswig, der um 1914 im nachbarlichen Gespräch seiner Abneigung vor den Sozialdemokraten Ausdruck gab. Sie schienen ihm eine Art Abschaum der Menschheit zu sein; wir Kinder hörten den Schauer in der Stimme des Alten, wenn er das Wort „Sozialdemokrat“ zwischen den Zähnen zischte. Später erfuhr man von den Voraussetzungen und dem Werden der Sozialdemokratie und erkannte durch die Lektüre einschlägiger Werke ihre staatstragende Kraft und ihre Funktion in der demokratischen Besinnung des deutschen Volkes. Man sah Funktion und Mission dieser aus dem industriellen Zeitalter heraus zu verstehenden und von ihm geprägten politischen Kraft, die aus der modernen deutschen Geschichte nicht wegzudenken ist.

Und doch, man wußte, wie Hansen schreibt, von ihr nur wenig. Vor allem wußte man nichts von den Menschen, die Sozialdemokraten waren – und es waren doch nicht selten Nachbarn. Mir persönlich ist es so ergangen, daß ich erst nach dem zweiten Weltkrieg mit einem großen Verwundern, ja mit schmerzlichem Erschrecken gewahr wurde, daß von einem deutschen Nordschleswiger aus gesehen sich unsere schleswig-holsteinischen Landsleute in der Beurteilung der

„Grenzfrage“ in zwei hermetisch voneinander abgeriegelte Lager teilen. Die „Bürgerlichen“ nannten die „Sozis“ jahrzehntelang gesinnungslos in vaterländischen Fragen, und die Sozialdemokraten witterten in jedem (auch dem liberalen) Bürger den Nationalisten, wenn nicht gar Chauvinisten, denn wäre es sonst möglich gewesen, daß vor 1914 zwischen Schmidt-Wodder und den Sozialdemokraten überhaupt keine Kontakte bestanden zu haben scheinen? Man hatte sich selber festgelegt, man sah den anderen festgelegt und schien keine Gesprächsmöglichkeit zu sehen.

So war es vor dem ersten Weltkriege, so war es in den zwanziger Jahren; ja, war es nicht auch in den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg so? Sprach man mit den einzelnen Menschen „beider Lager“, so mußte man den Eindruck gewinnen, daß eine tiefe Kluft zwischen deutschen Menschen in dieser Frage noch immer bestand. Und diese Feststellung mußte schmerzen, man sah nämlich auf beiden Seiten Interesse und Leistung für all das, was man seit je Grenzarbeit genannt hat. Man sah aber auch, daß man nur nebeneinander ging. Die Konsequenz und die Leistung sozialdemokratischer Politik in den Fragen des Grenzlandes wird in diesem Heft aufgezeigt. Auch darf von der heutigen Sicht aus gesagt werden, daß jene genannte Kluft nicht mehr die Tiefe von einst besitzt, daß vielmehr in den Grundauffassungen entscheidende Annäherungen stattgefunden haben. Aber noch immer ist jene Darstellung nicht geschrieben, die diese Gegensätze *schildert, begründet und endgültig überwindet*. Diese Darstellung darf nicht in eine Rechnung ausmünden, bei der die Fehler gegeneinander aufgerechnet werden – es gibt deren auf beiden Seiten, wie es auch auf beiden Seiten Pluspunkte gibt –, diese Darstellung müßte von dem Bekenntnis *aller heutigen* Einwohner Schleswig-Holsteins als einem Bekenntnis zur Grenze als einer geistigen Aufgabe sprechen dürfen. Wenn das Recht geschehen dürfte, dann könnte man von einem zweiten politisch-kulturellen Bewußtwerden der Bevölkerung sprechen, einem anderen freilich als dem des 19. Jahrhunderts, das wir in seinem menschlichen Wert nicht anzweifeln wollen, einem neuen Bewußtsein von Grenze und Partnerschaft. Es gibt viele Voraussetzungen, die ein Aufbrechen neuer Klüfte unwahrscheinlich machen. Wenn die Beiträge dieses Heftes die Gedanken anregen könnten, daß wir alle uns unserer Aufgaben als kulturtragender Persönlichkeiten im Geiste des 20. Jahrhunderts und im Geiste der Grenze als einer Aufgabe bewußt werden, dann hätten sie eine Mission erfüllt, denn aus solcher Gesinnung würde die gewünschte und vorhin genannte Darstellung erwachsen können und müssen.

Hans Peter Johannsen

Sozialdemokratie und Nation

Ein Literaturbericht

Walther Dirks hat in der Dezemberrnummer der Frankfurter Hefte des Jahres 1949, also genau am Beginn der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts, einen Aufsatz über „Die Sozialdemokratie und der deutsche Nationalstaat“ veröffentlicht. In diesem Aufsatz, geprägt vom Kriegserlebnis und der Hoffnung auf eine bessere Jahrhunderthälfte, schiebt er der Sozialdemokratie die Schuld am vergangenen Unglück des deutschen Volkes zu. Das verhängnisvolle Datum ist für ihn der 4. August 1914, an dem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Kriegskredite für den ersten Weltkrieg bewilligte. Daraus ist für Dirks das ganze weitere Unglück: Versailles, die Machtergreifung, der zweite Weltkrieg und der Zusammenbruch gefolgt. Die Schuld sieht Dirks wie gesagt bei der SPD, denn die anderen Parteien waren am 4. August nur unwissend, während die SPD mit der Lehre ihrer Geschichte brach. Er zieht aus dieser Erkenntnis eine einfache und klare Schlußfolgerung: Die SPD muß mit aller Kraft zur Internationalität zurückkehren. Nur, wenn das gelingt, wird es in der zweiten Jahrhunderthälfte eine bessere Politik geben.

Der Dirksche Aufsatz wirft die Doppelfrage nach der nationalen Vergangenheit und der nationalen Zukunft der SPD auf. Seither ist zu diesem Thema eine ganze Reihe wichtiger und interessanter Bücher erschienen:

Julius Braunthal:

Geschichte der Internationale, Bd. I

Dietz-Verlag, Hannover 1961, 404 Seiten

Julius Braunthal hat seit 1907 die Geschehnisse der Internationale miterlebt. Als österreichischer Emigrant kam er während der Naziherrschaft nach England und wurde als Engländer von 1949—56 Sekretär der Internationale. Mit seinem Werk erscheint die erste Gesamtgeschichte der sozialistischen Internationale. Der vorliegende erste Band reicht von den Vorläufern bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges. Er behandelt also die klassische Epoche des proletarischen Internationalismus.

Die Vorläufer führt er bis zur Französischen Revolution zurück. Den eigentlichen Aufbruch zur Internationale sieht er aber in der Vereinigung europäischer Emigranten in der Mitte des vorigen Jahrhunderts mit den englischen Chartisten. Deutlich heben sich in dieser Zeit in Reden und Resolutionen die Entstehungsgründe der Internationale hervor. Es sind:

1. Der solidarische Kampf der unterdrückten Arbeiterschaft gegen das international wirkende Industriekapital.
2. Gemeinsame Gegnerschaft gegen die alten Klassenstaaten, insbesondere die halbabsolutistischen Staaten der Heiligen Allianz.
3. Die internationalen Verbindungen der Wanderburschen und Emigranten.

Wir gehen wohl nicht zu weit, wenn wir schließen, daß die drei Entstehungsgründe auch die Existenzbedingungen der Internationale darstellten. Die Entscheidung vom 4. August wäre demnach durchaus konsequent gewesen. Braunthal gesteht ein, daß die Internationale nicht stark genug war, den Krieg zu verhindern, wirft den sozialistischen Parteien aber vor, daß sie darüber hinaus den Krieg unterstützt haben.

Von einer anderen, gleichsam nationalen Warte gehen zwei weitere Neuerscheinungen die Frage nach Sozialdemokratie und Nation an. Beide beschränken sich wie Braunthal auf die Zeit vor 1914.

Reinhard Höhn:

Sozialismus und Heer

Verlag Max Gehlen, Bad Homburg vor der Höhe, 1959 ff.

Bd. 1: Heer und Krieg im Bild des Sozialismus, 366 Seiten

Bd. 2: Die Auseinandersetzung mit dem Moltkeschen Heer, 404 Seiten

Bd. 3: Der Kampf des Heeres gegen die Sozialdemokratie

Vor Erscheinen des dritten Bandes ist über dieses Werk noch kein endgültiges Urteil möglich, aber sicher wird dieser dritte Band mit seinem Schlußkapitel über „Scharnhorsts Vermächtnis und die deutsche Sozialdemokratie“ Aufsehen erregen.

In den ersten Bänden räumt Höhn gründlich mit der These von der traditionellen Wehrfeindlichkeit der deutschen Sozialdemokratie auf. Er zeigt, wie Marx, Engels und Lassalle eine spezifisch sozialistische, aber durchaus positive Einstellung zur Wehrfrage hatten. Dann weist er nach, daß die Wehreinrichtung der deutschen Partei nicht auf die „Klassiker“ zurückgeht, sondern auf das Heeres- und Kriegsbild des deutschen Liberalismus. Aus dieser Feststellung ergibt sich der weitere Gedankengang, daß es während der Zeit des Bismarckreiches darauf ankam, den Wehrwillen der Arbeiterschaft durch Heeresreform für die deutsche Nation wirksam werden zu lassen, daß also ein neuer Scharnhorst nötig gewesen wäre, um die Kluft zwischen Staat und Arbeiterschaft zu schließen. Daß es nicht zu dieser Reform kam, lag nach Höhn nicht an den Sozialisten, sondern an der arrogant abweisenden Haltung der bestimmenden Militärpolitiker.

Hans Ulrich Wehler:

Sozialdemokratie und Nationalstaat

Holzner-Verlag, Würzburg 1962, 300 Seiten, Reihe der „Marburger

Ostforschungen“

Diese Arbeit ist aus einer Dissertation der Kölner Schule Theodor Schieders hervorgegangen. Sie befaßt sich mit der Einstellung der sozialdemokratischen Theoretiker und der praktischen Politik der deutschen Sozialdemokratie in der Nationalitätenfrage.

Besonders eindringlich und interessant sind die Ausführungen über das Verhältnis zur polnischen Frage, zum Problem der polnischen Minderheit östlich der Oder und im Rheinland. Kaum weniger gründlich ist die Studie über Elsaß-Lothringen. Am schwächsten ist der Teil über die Schleswig-Frage, wie der Autor selbst in einem Brief mitteilte. Trotzdem liegt auch zu dieser Einzelfrage die bislang gründlichste gedruckte Abhandlung in diesem Werk vor. Neben den interessanten Details unterläßt Wehler es nicht, immer wieder über das Besondere zum Allgemeinen zurückzuführen. Er zeigt dabei deutlich an dieser für die SPD selbst zweitrangigen Frage, wie die Partei sich immer mehr mit dem Bismarckreich abfand und sich zu einer nationalen Einstellung entwickelte. Von diesem Ergebnis her mag der Titel des Buches gerechtfertigt sein.

Wehler lehnt es ab, die Stellungnahmen der *deutschen* Sozialdemokratie in der Nationalitätenfrage auf die Austromarxisten Karl Renner und Otto Bauer zurückzuführen. Das ist sicher richtig. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß die Abhandlungen von Bauer und Renner zu dieser Frage wichtiger sind als die von Marx, Engels und Lassalle, auf die Wehler sich bezieht.

Deutlich wird das in einer Studie, die aus der gleichen Schule und dem gleichen Verlage hervorgegangen ist:

Erwin Viefhaus:

Die Minderheitenfrage und die Entstehung der

Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919

Holzner-Verlag, Würzburg 1960, 244 Seiten

Viefhaus geht in seinem einleitenden theoretischen Teil auf die verschiedenen Auseinandersetzungen mit dem Nationalitätenprinzip in der Donaumonarchie ein. Besonders bespricht er die Schriften Bauers und Renners sowie die Entstehung des Brünner Nationalitätenprogramms der SPÖ von 1899. Dann kommt das eigentlich Überraschende und Neue, daß nämlich das Prinzip der personalen Autonomie Renners und Bauers unter den Juden Ostmitteleuropas schnell Sympathien gewann und dann über den American Jewish Congress zu den direkten Beratern Präsident Wilsons auf der Friedenskonferenz gelangte. In den Verhandlungen über die Minderheitenfrage hat es eine große Rolle gespielt, ist aber schließlich dem Nationalismus der jungen Staaten zum Opfer gefallen.

Während die Versuche der Vorkriegssozialdemokratie, Nationalität und

Internationalität zu fruchtbarer Gemeinsamkeit zu bringen nach 1914 in die internationale Diskussion drangen, löste die deutsche Sozialdemokratie das Problem auf ihre Weise. Sie wurde nationalistisch und verweigerte sogar den Nord Schleswigern und Elsaß-Lothringern das Selbstbestimmungsrecht. Wie es dazu kam, wird in folgendem Buch sehr gründlich, wenn auch ohne tiefere gedankliche Durchdringung dargestellt:

Hermann Heidegger:

*Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870–1920,
unter besonderer Berücksichtigung der Kriegs- und Nachkriegsjahre*

Musterschmidt-Verlag, Göttingen 1956, 401 Seiten,
in „Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft“

In seinem ersten Teil geht das Buch recht flüchtig auf die theoretischen Ansätze und die politische Praxis bis 1914 ein. Der Teil über die Kriegs- und Nachkriegspolitik macht dann in sorgfältiger Weise deutlich, wie eine nationale Partei mit internationaler Ideologie in eine politisch prekäre Lage geraten konnte oder gar mußte. Wenn auch das Bekenntnis zum deutschen Kaiserreich vom August 1914 angreifbar ist, so erscheint es völlig unverständlich, wie die SPD nach dem innenpolitischen Sieg 1918, der in gewisser Weise ein Ergebnis des 4. August war, sich wieder von Staat, Nation und Wehrbereitschaft abkehrte, um nicht nur wieder internationalistisch, sondern darüber hinaus pazifistisch zu werden. Hier wurde offenbar nachgeholt, was 1914 versäumt war, und versäumt, was 1914 allzu ungehemmt hervortrat. Heidegger will sein Buch als eine Lehre für die Diskussion unserer Tage aufgefaßt wissen. Er tut gut daran.

Über die Zeit der Weimarer Republik fehlt es an einer neueren Einzeldarstellung zu unserem Thema. Nur die Weimarer Politiker in der Emigration haben auf diesem Gebiete ihren Geschichtsschreiber gefunden:

Erich Matthias:

*Sozialdemokratie und Nation, Ein Beitrag zur Ideengeschichte der
sozialdemokratischen Emigration in der Prager Zeit des Parteivorstandes
1933–38*

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1952, 363 Seiten

Matthias fußt auf der nahezu vollständig erfaßten Literatur der sozialdemokratischen Emigration. Dementsprechend legt er sehr umfangreiches Material vor, das bisweilen zu ausführlich zitiert wird. Er unterläßt es aber gleichzeitig als einziger der besprochenen Autoren nicht, auf den besonderen Betriff der Nation einzugehen, der unter den Führern der Sozialdemokratie herrschte. Dieser Nationsbegriff ist der westlich liberale. Von daher wird deutlich, wie die Sozialdemokraten national sein konnten und zugleich den nationalistischen Staat aufs heftigste bekämpften. Es scheint, als wäre hier in der

Emigration den politischen Führern endlich klargeworden, auf welche Weise eine politisch glaubwürdige Stellungnahme für die deutsche Nation und gegen den vorhandenen deutschen Staat möglich sein könnte. Sie haben sich der Expansion des Hitlerreiches in den Vorkriegsjahren widersetzt und nach Kriegsausbruch alles getan, den Deutschenhaß zu mindern, während sie von deutschen Truppen durch Europa gehetzt wurden.

Leider ist dieses Buch beim Verlag vergriffen. Eine neue Auflage ist nicht beabsichtigt; erweitert und überarbeitet sollte es einen wohlwollenden Verleger finden!

Zu spät erkannten die Emigranten, daß das Mißverhältnis der Sozialdemokraten zur Nation eine der Ursachen für die deutsche Katastrophe wurde. Rechtzeitig genug aber kam diese Erkenntnis, um in der Nachkriegszeit durchzudringen. Walther Dirks hat sich in seinem Aufsatz gegen diese Tendenz gewehrt, wer aber in die neuesten Veröffentlichungen zum hundertjährigen Bestehen der Partei sieht, muß feststellen, daß das Bekenntnis zu Nation, zu Volk und Staat durchgedrungen ist:

Hundert Jahre deutsche Sozialdemokratie, Bilder und Dokumente 1863–1963

Dietz-Verlag, Hannover 1963,

herausgegeben von Georg Eckert und einem Stab wissenschaftlicher Mitarbeiter

Dieses monumentale Werk mit seinen über 800 Abbildungen gibt ein eindrucksvolles Bild vom Werden, Wachsen und Bestehen der deutschen Sozialdemokratie. Die Aussagekraft der Bilder, aber auch die Art der Bildauswahl zeigt, wie der einst verstoßene Teil des deutschen Volkes trotz aller Widerstände in seine Nation hineingewachsen ist, wie die Geschichte dieser Partei ein guter Teil deutscher Geschichte geworden ist.

Erich Ollenhauer in seinem Geleitwort bedauert, daß es neben diesem Dokumentarwerk nicht zu einer Darstellung der Geschichte der Sozialdemokratie von ähnlicher Gültigkeit gekommen ist. Er führt das auf die Unterbrechung der Hitlerzeit zurück. Wir aber meinen, daß es bei rechtzeitiger Planung in den letzten zehn Jahren schon hätte gelingen können, ein entsprechendes Werk zustande zu bringen.

Einen kleinen Ersatz bietet:

Franz Osterroth, Dieter Schuster:

Chronik der deutschen Sozialdemokratie

Dietz-Verlag, Hannover 1963, 670 Seiten

Es ist eine stark erweiterte Neuauflage von Franz Osterroths „Chronik der sozialen Bewegung“. Fakten und Daten über die Sozialdemokratie und ihr nahestehende Organisationen werden dieses Buch zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk

machen. Die Chronik erstreckt sich vom 5. Mai 1818 (Marx' Geburtstag) bis zum Kölner Parteitag der SPD von 1962. Die größere Ausführlichkeit liegt auf den letzten Jahrzehnten, so daß diese Chronik sich ab 1945 wie ein stark komprimiertes Geschichtsbuch lesen läßt. Auszüge und Zusammenfassungen wichtiger Reden und Beschlüsse gehen über die Mitteilung des rein Sachlichen hinaus.

Mehrere Register erleichtern den technischen Gebrauch. Hier wurde das Werk eines reichen Sozialistenlebens mit der Akribie eines jungen Wissenschaftlers zu einer schönen lexikographischen Arbeit zusammengefaßt.

Weniger erfreulich ist ein weiteres Werk aus dem gleichen Verlag:

Karl Anders:

Die ersten hundert Jahre / Zur Geschichte einer demokratischen Partei

Dietz-Verlag, Hannover 1963, 326 Seiten

Der Autor hat versucht, von der üblichen chronologisch in Querschnitten aufgebauten Geschichtsschreibung zu einer in Längsschnitten über bestimmte Themen zu kommen wie: Geschichte der Programme, Verhältnis zur Kirche, Partei und Nation. Leider erfordert diese Darstellungsweise die größere Abstraktionsgabe und souveräneren Umgang mit den Gütern des Geistes als die in Querschnitten. Mit eingestreuten Kantzitate ist da nicht geholfen. Außerdem liegt es gerade bei dieser Darstellungsart sehr nahe, die Kursänderungen in den einzelnen Fragen deutlich zu machen. Wer in neun Längsschnitten feststellt, daß sich kaum etwas geändert hat, der hat zumindest die Möglichkeiten dieser besonderen Darstellungsweise nicht ausgenutzt. Muß noch gesagt werden, daß in diesem Werk Ferdinand Lassalle das A und O der Parteigeschichte ist?

Die letzten zweihundert Seiten des Buches bestehen glücklicherweise aus „Lesestücken“, bekannten, aber auch unbekanntem, Prosausschnitten von und über große Sozialdemokraten. Das stimmt ein wenig versöhnlich.

Das letztgenannte Werk zeigt, wie die Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer staatstragenden Partei sicher nicht nur positive Ergebnisse zeitigt. Das ist natürlich und keineswegs beängstigend. Es ergibt sich daraus aber die Frage, wohin es weitergehen soll oder kann.

Es sei deshalb zum Schluß ein Seitenblick in ein Land gestattet, das dieses Problem schon länger kennt:

Gunnar Myrdal:

Jenseits des Wohlfahrtsstaates / Wirtschaftsplanung in den Wohlfahrtsstaaten und ihre internationalen Folgen

Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1961, 227 Seiten

Dieses Buch des Stockholmer Nationalökonom Myrdal ist bereits 1958 in London unter dem Titel „Beyond the Welfare State“ erschienen.

Der einfache Grundgedanke lautet: Wohlfahrtsstaaten zeichnen sich durch ein hohes Maß innerer Integration aus. Diese innere Integration führt zwangsläufig zu einem Abbau der äußeren Beziehungen. Daraus erwächst zunächst wirtschaftlicher, dann aber auch geistiger Nationalismus der Wohlfahrtsstaaten. Das Ganze wird sehr glaubwürdig wissenschaftlich untermauert und scheint in der gegenwärtigen Krise der europäischen Einigung seine Bestätigung zu finden; denn alle westeuropäischen Industrieländer sind für Myrdal – ob sie es wahrhaben wollen oder nicht – Wohlfahrtsstaaten.

Myrdal zeigt zwei Wege, die diesen schädlichen Nationalismus überwinden können: einerseits der Abbau der Wohlfahrtsstaaten und damit erneute äußere Integration der Staaten – das wäre der Weg des Neoliberalismus –, oder aber Überwindung des nationalen Wohlfahrtsstaates durch Zusammenschluß der Wohlfahrtsstaaten. Er ist davon überzeugt, daß ein Abbau der Errungenschaften der Wohlfahrtsstaaten weder wünschenswert noch möglich sei. Für ihn bleibt als Lösung allein die „Wohlfahrtswelt“.

*100 Jahre Sozialdemokratie in
Schleswig-Holstein
Ein geschichtlicher Überblick von
Franz Osterroth*

In der Reihe der aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der SPD erschienenen Druckwerke und Publikationen interessiert uns Schleswig-Holsteiner das oben vermerkte Buch von Franz Osterroth. Der Verfasser ist im Grenzfriedensbund kein Unbekannter, gehört er doch zu seinen Gründern und bis zur Gegenwart auch seinem Vorstand an. Als man sich in der Landesleitung der SPD schlüssig wurde, aus Anlaß der Hundertjahrfeier eine Publikation herauszugeben, ahnte man von ihrem Werden und dem Endprodukt sicher noch nichts. Geschichte schreiben setzt Quellenforschung voraus. Wo befanden sich überhaupt noch Archive und Unterlagen bei den schleswig-holsteinischen Mitgliedschaften der SPD aus den Zeiten des Auf und Nieder, der vielseitigen privaten und amtlichen immer wiederkehrenden Bekämpfungen, Auflösungen und Beschlagnahmen, der diversen Vernichtungskriege einschließlich der zwölf Jahre Hitler-Diktatur? Entgegen allen Schwierigkeiten hat Franz Osterroth soviel Material zusammengebracht und in 24 Abschnitten geordnet, daß daraus für jeden politisch Interessierten ein Buch entstanden ist, das der Verfasser

bescheiden „einen geschichtlichen Überblick“ nennt. Mehr kann und soll es wohl auch nicht sein. Wenn man ihm weiter Gelegenheit und die Mittel dazu an die Hand gibt, Quellenforschung zu betreiben, könnte bei späterer Gelegenheit wirklich eine Geschichte der SPD Schleswig-Holsteins daraus werden und damit zugleich ein Teil der Gesamtgeschichte des Landes.

Die anfangs geschilderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse glichen sich bei Gründung der SPD vor hundert Jahren überall in deutschen Landen, auch in Schleswig-Holstein. „Lange Arbeitszeiten, niedrige Löhne, schlechte Wohnverhältnisse, Volkskrankheiten und soziale Unsicherheit im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Invalidität und Alter gehörten zum Bild jener Tage.“ Der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ wurde am 23. Mai 1863 ins Leben gerufen, der in dem § 1 seines Statuts erklärte, „daß nur durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann“. Auf „friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch Gewinnen der öffentlichen Meinung“ solle der Verein für die Erreichung eines solchen demokratischen Wahlrechts wirken. Diese Grundsätze Lassalles fielen in ganz Schleswig-Holstein auf

fruchtbaren Boden, überraschenderweise auch in den rein ländlichen Bezirken. August Perl gab schon seit Anfang 1863 „Die Stimme für und aus Schleswig-Holstein“ heraus, „um die gute Sache unserer Brüder in den Elbländern und den Grundsatz der unzerreißbaren Zusammengehörigkeit Schleswig-Holsteins zu verfechten“. Zehn Jahre später wurde bei der Reichstagswahl 1874 Schleswig-Holstein schon zur Hochburg der Lassalleaner und die Regierung klagte über „das von der sozialdemokratischen Springflut meist bedrohte Land“.

Wir können an dieser Stelle nicht auf alle interessanten Einzelheiten des Buches eingehen. Besonders vermerkt muß aber werden, daß sich der Verfasser in verschiedenen Kapiteln mit den Verhältnissen und Begebenheiten im Grenzland Schleswig-Holstein beschäftigt. Da sind die Kapitel „Sozialdemokratie und Minderheitenrecht“, „Die Volksabstimmung in Schleswig-Holstein“, „Das Grenzabkommen Wels-Stauning 1923“, in denen insgesamt die grundsätzlichen Stellungnahmen der SPD zu den Grenzfragen dargestellt werden. In dem Kapitel „Zusammenbruch und Neubeginn“ läßt der Verfasser auch Dr. Kurt Schumacher zu Wort kommen, der in Kiel zur Frage „Was wird aus Deutschland?“ sagte: „Ich glaube nicht, daß es ein Deutschland geben kann, das ohne die Sozialdemokratie und ohne die

Durchführung ihrer Prinzipien leben kann. Ich bin der festen Ansicht: die Einstellung des Volkes zur Sozialdemokratie – das ist die Schicksalsfrage in der Politik, national und international...“ Am 7. Juli 1946 beschäftigte er sich auch mit der in Schleswig anschwellenden neudänischen Bewegung des Südschleswigschen Vereins. Er erklärte dazu in Husum: „Wir wollen ein neues Deutschland, nicht einen Nationalismus, sondern einen gleichgeachteten und gleichberechtigten Bestandteil der Vereinigten Staaten von Europa; in diesem neuen Deutschland soll auch Südschleswig dabei sein.“

Wer dieses Buch gelesen und ausgelesen hat, ganz gleich, welcher politischen Richtung er angehört, wird nach dem Geheimnis forschen, nach den Gründen, die die SPD trotz aller Anfeindungen zu einer entscheidenden politischen Kraft anwachsen ließ. Um die Antwort auf diese Frage zu geben, muß man den größeren Abschnitt dieser hundert Jahre persönlich miterlebt und -erlitten haben: der Ruf, die befreiende Idee des Sozialismus wurde von der Masse der Armen als eine Verheißung, als ein neues Evangelium aufgenommen. Je stärker und brutaler die Methoden wurden, nach denen die sozialistische Idee und ihre führenden Männer niedergeknüppelt, Familien auseinandergerissen, ihre Väter des Landes verwiesen wurden oder in den Zuchthäusern schmachten mußten,

desto entschlossener wurde der Wille der Arbeiterschaft nach Freiheit und Brot und nach menschenwürdigen Zuständen, geführt von den Gläubigern, Hoffenden und Kämpfenden für eine bessere Zukunft. Das Buch Franz Osterroths war

ursprünglich als Jubiläumsgabe für die Teilnehmer der Festveranstaltung anlässlich der Landesversammlung in Husum gedacht. Es verdient wirklich eine weitere Verbreitung.

Friedrich Bauer

Der Kapp-Putsch in Schleswig

Erzählt am 20. Januar 1963 im Ferdinand-Tönnies-Haus vor Kieler Studenten

Am 12. März 1920, zwei Tage vor der Volksabstimmung in der 2. Zone Schleswigs, versuchte ein Militärputsch unter Generallandschaftsdirektor Kapp und General v. Lüttwitz die Macht an sich zu reißen, um die Weimarer Republik zu beseitigen. Die dänische Abstimmungspropaganda nutzte das Ereignis sofort für sich aus. Wenn es keine größere Wirkung auf das Abstimmungsergebnis erlangte, so war dies einem Aufruf der Flensburger Sozialdemokraten zu verdanken. Fest steht aber, daß viele Stimmberechtigte wegen des Putsches von der Reise nach Schleswig absahen. [Karl Meitmann schätzt ihre Zahl auf 8000.]

Der selbsternannte neue „Kanzler“ Kapp hatte den Abstimmungskommissar Dr. Köster telegrafisch „beauftragt“, wie bisher weiterzuarbeiten. Köster zerriß vor Journalisten das Telegramm mit den Worten: „Herr Kapp existiert nicht für mich.“ Das Kapp-Militär in der Stadt Schleswig hatte ausgerechnet den für die Abstimmung so wichtigen Organisator des „Schutzbundes“, Eduard Adler, verhaftet und in Schloß Gottorp festgesetzt. Es gelang dem tatkräftigen Karl Meitmann, Sekretär des Abstimmungskommissars, die Gegenkräfte in der Arbeiterschaft und in den Behörden zu alarmieren, die in Schloß Gottorp verbarrikadierten Kapp-Soldaten zur Übergabe zu bringen und Adler freizubekommen. Der Kampf um Schloß Gottorp kostete neun Tote, darunter zwei auf der Arbeiterseite. Franz Osterroth „100 Jahre SPD in Schleswig-Holstein“, S. 69.

In Schleswig, wenn man über den Damm zum Schloß Gottorp geht, fällt rechts hinter dem Damm ein verwitterter Gedenkstein kaum ins Auge. Die algenbedeckte Frakturschrift erinnert an einige Soldaten, die in den Märztagen des Jahres 1920 hier gefallen sind. Ein welcher Kranz mit vergilbter schwarzweißroter Schleife zeigt, daß die Toten am letzten Volkstrauertag noch nicht vergessen waren. Gefallene aus der Zeit des Kapp-Putsches, gefallene Soldaten, derer heute noch gedacht wird? Sollte es möglich sein, daß hier Soldaten für die Republik ...? Nein, keineswegs, es handelt sich bei den Gefallenen um Kappisten. Bei den gleichen Kämpfen mußten auch Republikaner ihr Leben lassen. Ihnen wurde kein Denkmal gesetzt, aber ihr Anführer, Karl (Jack) Meitmann, lebt noch heute, und seine Erzählungen über die Märztage sind sein Denkmal für die zahlreichen namenlosen Helfer der Sache der Republik in jenen Tagen, da unser Land durch Volksabstimmung und Putsch in höchster Gefahr war.

*

Meitmanns Erzählungen sind alten Freunden seit vielen Jahren bekannt. Oft

haben sie ihn gebeten, alles einmal aufzuschreiben, aber der lebendige Stoff will auf dem toten Papier schwer haften. Nun ist es endlich gelungen, Meitmanns Erzählungen auf Tonband aufzunehmen. Einige Episoden sollen hier erstmalig und unverändert – unverändert bis auf einige Versprecher – wiedergegeben werden. Es wurde besonders darauf geachtet, daß die Diktion des mündlichen Berichtes erhalten blieb. Wer Meitmann kennt, dem wird an den typischen Stellen seine warme norddeutsche Stimme im Ohr klingen.

Ein Vergleich verschiedener Berichte Meitmanns ergibt, daß er sich bis in die Formulierungen hinein treu bleibt. Er liebt es, bei seinen mündlichen Berichten einen Zeugen aus jener Zeit dabei zu haben, der dann die Richtigkeit seiner Aussagen bestätigen kann. Im vorliegenden Falle war der Zeuge August Rathmann, der wie er selbst einer der Sekretäre des Beigeordneten der Regierung in Schleswig, Eduard Adler, ihres gemeinsamen Jugendführers, war.

An der historischen Wahrheit der Berichte gibt es keinen Zweifel, obwohl die Frist von über vierzig Jahren sicherlich zu einigen Verschiebungen in den Details geführt hat. Der Bericht ist gewiß stärker pointisiert als die Wirklichkeit, und die komische Seite der Ereignisse wird hervorgehoben – aber das ist das gute Recht des guten Erzählers.

*

Meitmann war zusammen mit August Rathmann und Hermann Brennecke Sekretär Eduard Adlers, der nach der Revolution von 1918 als Beigeordneter die Regierungsbehörden in Schleswig im Auftrage der Arbeiter- und Soldatenräte kontrollierte. Bei Adler lernte Adolf Köster die drei jungen Leute kennen. Zur Unterstützung seiner Tätigkeit als Preußischer Staatskommissar während der Abstimmungszeit wählte er sich Karl Meitmann unter den dreien aus.

Die Unterstützung der Arbeiter- und Soldatenräte für das Abstimmungsgebiet

Meitmann zählt die wichtigsten Arbeiter- und Soldatenräte im Grenzlande auf, würdigt ihre Ordnungstätigkeit und ihre Verdienste um den regulären Ablauf der Volksabstimmung.

Ein Beispiel nur: Als wir dort oben als Sekretäre von Adler saßen, der ja die Verantwortung für die ganze Provinz vom Volksrat (der schlesw.-holst. Dachorganisation der A.-u.-S.-Räte) hatte, war dort oben – das ist das längste Ende der Verbindung nach Preußen hin – war Not. Der Krieg hatte ja auch, wenn auch nicht so schlimm wie dieser letzte, schwere ökonomische Erschütterungen gebracht. Dazu die dänische Propaganda, das Überschwemmen mit den dänischen realen Unterstützungen der Bevölkerung, damit sie dänisch wählen sollte, und die Versuche des Generalsekretärs der Abstimmungskommission, Mr. Bruce, dem die Internationale Kommission nicht in den Arm fiel, uns dort oben abzuschneiden, und zwar bis nach Flensburg

hin, damit überhaupt keine Waren für die deutsche Abstimmung nach Nordschleswig kämen. Und da mußten wir sehen, daß wir ein Minimum von Ernährung und von Verpflegung und sonstigen Gütern in dies Gebiet hineinbekamen. Und wir – Eduard Adler – kriegten ein Telegramm aus Pinneberg: Die hungernden Leute halten die Züge auf und plündern.

Nur die Popularität Eduard Adlers, des Redakteurs der Volkszeitung, konnte hier helfen. Ein Telegramm an den A.-u.-S.-Rat in Pinneberg: Dieser Zug und diese Züge müssen ins Abstimmungsgebiet, sonst verlieren wir hier oben die Abstimmung, und es wird dann eine unechte Abstimmung, und es gibt dann nachher eine große Irredentabewegung.“

Und da haben die hungernden Arbeiter in Pinneberg, in Elmshorn usw., wo die Züge durchliefen, ihre eigenen Angehörigen mit dem Gewehr in der Hand daran gehindert, die Züge auszuplündern, die wir oben in Nordschleswig brauchten.

Der Morgen des 12. März 1920: Es wird gekämpft!

Und nun kommt also der 12. März. Morgens um 9 Uhr – ich war der Sekretär dort oben in der Kunstgewerbeschule in Flensburg, August und Hermann saßen in Schleswig noch in dem Regierungsgebäude und kontrollierten den Apparat. Da kriegte ich einen Anruf – wir hatten eine direkte Leitung als Staatskommissariat zum Auswärtigen Amt in Berlin – da kriegten wir einen Anruf von dem Staatssekretär Haniel, ob mein Chef, Dr. Köster, da sei. Köster war eingesetzt als preußischer Staatskommissar und deutscher Bevollmächtigter in der CIS, in der Commission Internationale Slesvig. Ich sagte: „Nein.“ – „Aber ich muß ihn dringend sprechen.“ Ich sagte: „Ja, ich weiß nicht, ob er kommt. Ich muß schnell nach seiner Wohnung, ob ich ihn erreiche. Er ist viel unterwegs.“

Haniel informierte mich: „Die Regierung ist geflohen! ist auf dem Wege nach Dresden. In Berlin gibt es keine Exekutive mehr. Die deutsche Regierung und die preußische Regierung sind also auf der Wanderung. Was werden wird, weiß ich nicht, aber bitte, sagen Sie Herrn Dr. Köster, daß ich und die Beamten des Auswärtigen Amtes überzeugt sind, daß das eine Fehlrechnung der Putschisten ist.“ Er sagte: „Der Generallandschaftsdirektor Kapp ist das Aushängeschild. Dahinter stehen Herr Lüttwitz und Herr Ludendorff und diese Leute, die Militärs. Und wir geben dieser Sache gar keine Chance und haben dieser Regierung – sagen Sie das bitte Dr. Köster – als Beamte des Auswärtigen Amtes den Dienst verweigert. Wir halten an der Weimarer Verfassung und an der Reichsregierung Ebert—Bauer fest.“

Das war mir nun natürlich Anlaß genug, sofort in meine Joppe zu schlüpfen – ich hatte so eine braune, verschlissene Joppe –, August, du kennst sie sicher

noch –, die war aus einer alten Wolldecke gemacht. Wir bekamen nicht so viel, wie wir eigentlich hätten haben dürfen, um uns einigermaßen auszustaffieren. Wir hatten, glaube ich, dreihundert Mark oder sowas – egal, aber was spielte das für eine Rolle. Und dann ging ich hin zu Köster. In meiner Aufregung habe ich nicht erst gewartet, ob er „Herein!“ sagte. Ich klopfte an und hinein! Da war er gerade aufgestanden, und seine Frau war gerade dabei, sich zu waschen. Köster: „Aber, Meitmann, du mußt doch warten, bis ich Herein! sage. Meine Frau...“ – „Ja, ja, ja“, sagte ich, „aber wissen Sie, da müssen Sie entschuldigen, ich habe die Mitteilung, die Mitteilung, da ist, ich hab’s vergessen, also bitte...“ – „Ja, was ist denn los?“ Ich sage: „Ja, soundso.“ – „Mein Gott“, sagt er, „was nun?“ Ich sage: „Da gibt’s gar kein Was nun, Dr. Jetzt wird gekämpft! Wir haben für eine schlechte Sache vier Jahre lang unser Leben hergeben müssen. Dies ist unsere Sache, und wir müssen es ihnen zeigen!“ – „Ja, aber Sie können doch nicht weg“, sagte er. (Die Abstimmung in der 2. Zone sollte am 14. März stattfinden!) Ich sagte: „Ich fahre nach Schleswig. Da sind meine Freunde. Da ist Eduard Adler, und da werden wir anfangen zu organisieren.“ – „Ja, und am 14. ist doch die Abstimmung. Ich brauche Sie doch. All die vielen Leute! Wir haben siebzig Journalisten und alles mögliche da oben.“ Ich sagte: „Tut mir leid, Doktor. Es nützt ja alles nichts. Was nützt uns die ganze Abstimmung, wenn dieser Kampf um die Republik verlorengeht. Und er wird entschieden, jetzt mit Gewalt. Sie sind doch mit Gewalt angetreten.“ – „Na, schön, naja, dann kann ich es nicht ändern.“

Die Situation in Schleswig nach dem Putsch

Nach dem Gespräch mit Köster ist Meitmann mit einer Vollmacht Kösters sofort nach Schleswig gefahren, um von da aus den Widerstandskampf zu organisieren. Nun waren die Soldaten, der Kommandeur war ein gewisser Major von Lattorf, schon auf Befehl ihres Kommandeurs in der Nacht zum 13. oder 14. mit Maschinengewehren durch die Stadt gefahren und hatten in die Luft geknallt und mündlich bekanntgegeben: „Wer abends nach sieben auf der Straße ist, der wird erschossen!“ Das hatte natürlich die Bevölkerung zum Kochen gebracht.

Der Handstreich

Bevor Meitmann an die eigentliche Organisation des Widerstandes ging, führte er Verhandlungen mit dem Kommandeur im Schloß. Dabei stellte sich heraus, daß der Kommandeur sich bei der Sache nicht ganz wohlfühlte, daß er aber letzten Endes mit Rückenstärkung eines jüngeren Offiziers zu den Befehlen der Brigade Ehrhardt stand und damit als Putschist anzusehen war. Es galt also, das Schloß durch List oder Gewalt in die Hände der Republik zu bringen.

Da habe ich mich entschlossen, einen Handstreich auf das Schloß zu machen. Ich

wußte genau die Gelegenheit. Das Schloß Gottorp – wer es nicht kennt, dem will ich es mal kurz beschreiben – liegt auf einer Insel neben der Schlei. Und zwischen diesem Schloß Gottorp und der Schlei geht rund um das Schloß ein seenartiger Wassergraben mit zwei Dämmen. Einer geht nach Westen weg, nach dem Tiergarten in den Wald hinein, und der andere zum Regierungsgebäude hin. Und darauf baute ich meine Absicht! – Wenn wir das fertigkriegten! – Sie hatten ja Angst, die Kerle, denn sie wußten, was sie angerichtet hatten mit ihrer Schießerei und wie durch das ganze politische Geschehen die Bevölkerung, die Arbeiterschaft in Schleswig kochte! Und darauf baute ich meinen Plan.

Wenn wir das fertigkriegten, sie dort einzuschließen, dann ist die ganze Sache ausgestanden. Dann nehmen wir ihnen die eigenen Waffen ab, blockieren die Eingänge und werden sehen, was von auswärts kommt. Und dann habe ich gefragt unter unseren führenden Genossen dort, und da war ein ganz einfacher Bauarbeiter, Heiner Koch. Er war keine ausgeprägte, kultivierte Persönlichkeit, aber er war ein Kerl mit Charakter – wie Bauarbeiter so sind. Und der stellte sich mir zur Verfügung. Ich wußte, daß die beiden Eingänge mit spanischen Reitern blockiert waren und daß ein Doppelposten bei den spanischen Reitern stand am Damm von Schloß Gottorp.

Meine Überlegung war, ganz offen heranzugehen an den Doppelposten und ihm zu sagen: „Ich muß dringend den Major sprechen – ich habe jetzt hier – ich bin der und der. Ich bin Staatskommissarssekretär, und er muß sofort informiert werden. Es erfolgt jetzt hier ein mir bekannt gewordener Angriff gegen das Schloß. Und darum muß ich jetzt den Major sprechen.“ Damit wollte ich den Posten einschläfern und ihn sicher machen, daß er mich nicht verhaftet – und so kam es auch.

Wir beide gingen, jeder seinen Revolver in der Tasche, vorn an den Drahtverhau. Er machte den Drahtverhau auf, der Posten – hm, das waren junge Leute, nicht wahr, und wir waren alte Weltkriegssoldaten mit einem ganzen Rucksack voll militärischer Erfahrungen in anderen Situationen, als diese Posten je erlebt hatten. Und wie wir durch waren – so hatten wir uns abgemacht: „Du nimmst den einen, und ich nehme den andern.“

Ich zu meinem – meine Pistole raus – sag: „So, nun gehst du ins Schilderhaus und drehst dein Gesicht zur Wand und stellst dein Gewehr daneben, und wenn du das nicht tust, dann schieß ich. Der Putsch ist nämlich dieser!“ Der war kreideweiß, kreideweiß, dem fiel das Gewehr beinahe vor Schreck aus der Hand. Ich nahm das Gewehr. Da kehr ich mich um, und da ist Heiner Koch, aber er hatte – er war so ein Brocken, nicht wahr, und der andre war auch nur so ein junger Soldat. Und Heiner Koch hatte seine Pistole in der Hand und nur die andere Hand frei. Mit der Hand hatte er ihn nun in die Gurgel gepackt, um ihn zu entwaffnen, mit Gewalt zu entwaffnen. Und ich seh mich um und sehe, wie der Soldat in seiner Todesangst

seinen Karabiner herumzukriegen versucht und den Sicherungsflügel löst, und dann hätte er meinen Freund durch den Bauch geschossen.

Ich schmeiß das Gewehr weg, in den Schloßgraben, und komme ihm zu Hilfe, reiß dem Soldaten das Gewehr weg, aber in dem Moment reißt meiner aus. Und dreißig Meter von uns war die Wache, 24 Mann. Und ich wußte, daß die Gewehre der Wache in Gewehrstützen draußen standen. Da hätten wir also schon 24 Gewehre gehabt. Und da stand ein Detachement von uns 50 Meter vom Regierungsgebäude – sollte als erster Stoßtrupp bewaffnet werden. Und dann wären wir in das Schloß Gottorp, wo all die Soldaten schliefen, hineingegangen, verteilt auf die Schlafräume und hätten gesagt: „Bleibt in den Betten, es geschieht euch gar nichts!“

Wie nun der ausgerissene Posten die Wache alarmiert, und die Wache raus. – „Los, Heiner, weg!“ Und da hatten sie hinter uns den spanischen Reiter zugemacht, und da mußten wir über den spanischen Reiter. Und ich springe noch mitten in den spanischen Reiter und zerreiß mir die Hosen und verlier meinen Hut, und das Hutband hing am andern Morgen noch da in dem Drahtverhau, und da knallte es und pffh hinter uns her. Und da treffen wir uns wieder vorne bei der Regierung, und dann also Auflösung unserer Kommandos.

„Nach Hause!“ Damit wir ein Alibi hatten.

Die Stadtvertretung zum Schloß

Allein: Eduard Adler war verhaftet worden. Auf dem Stadtfeld versammelte sich deshalb eine aufgeregte Menschenmenge. Durch Demonstration wollte sie die Befreiung Adlers erzwingen. Meitmann aber fand es wirkungsvoller, auch die gewählten Vertreter der Stadt in Bewegung zu setzen:

Unsere Sozialdemokraten, die sagten: „Wir marschieren jetzt zum Schloß!“ Aber ich sagte mir: Dann die verantwortliche Führung hier, die formell verantwortliche Führung, Bürgermeister Behrens, der alte Deutschnationale oder Volksparteiler, und die ganze Stadtverordnetenversammlung! Und wir also hin vor das Rathaus gezogen. Und zufällig hatten sie da Sitzung. Die ganze Gesellschaft, auch unsere Genossen waren dabei, Emil Brotkorb, der Lagerhalter vom Konsumverein.

Ich jedenfalls wußte: Jetzt muß du Tempo machen. Ich hinein und sagte: „Guten Morgen, Herr Bürgermeister!“

„Was machen Sie denn, Herr Meitmann, hier haben wir doch Sitzung!“

Ich sag: „Sie wissen doch, wer ich bin?“

„Jawohl!“

Ich sage: „Ich habe den Auftrag vom Staatskommissar, daß Sie jetzt sofort mit Ihrer Stadtverordnetenversammlung an der Spitze Ihrer Bürger dagegen protestieren, daß einer der angesehensten Bürger, nämlich Eduard Adler, eingesperrt worden ist. Den müssen Sie jetzt mit dieser Demonstration

herausholen. Und jetzt geht es los!“

„Sie können hier doch nicht eine Stadtverordnetensitzung als völlig unzuständiger Mensch...“

Ich sage: „Ich bin zuständig! Hier ist mein Ausweis!“ Ich hatte nichts als meinen Ausweis, keine schriftlichen Befehle, das oder das zu machen. Köster hatte mir die Vollmacht gegeben: „Macht ihr man da unten weiter. Ihr macht das ja fabelhaft.“ Ich hatte ihn inzwischen nochmals informiert.

Naja, ich sage: „Also, wenn Sie nicht wollen, Herr Bürgermeister, dann muß es eben mit Gewalt gehen. Hier ist Ihr Mantel!“ Ich gab ihm seinen Mantel. Ich sagte: „Bitte, ziehen Sie Ihren Mantel an!“ Und unsere Genossen, die merkten, aha, jetzt wird die Sache ernst, und sagten: „Selbstverständlich, Herr Bürgermeister, wir gehen alle!“

Und so ging die ganze Stadtverordnetenversammlung mit dem Bürgermeister an der Spitze, und wir marschierten zum Schloß. Ins Schloß hinein. Und dann die Verhandlungen. Und wieder war der Major ganz verdattert, wie bei meiner ersten Verhandlung, und wieder dieser Hauptmann. Das war er, der Scharfmacher, der wieder dem Major sagte: „Nein, Herr Major, wir haben unsere Befehle, die Brigade...“ Und dann zogen wir also ab. Ich sagte: „Das wird Ihnen leidtun. Passen Sie auf, was sich hier jetzt entwickelt auf Grund Ihrer Provokation. Sie stehen ja jetzt offen hinter einer putschistischen Regierung. Ich kann Ihnen nur sagen: Am 12., morgens um neun, hat der Staatssekretär von Haniel im Auftrag seiner Kollegen im Auswärtigen Amt gesagt: Die Sache ist verloren! Und nichts imponiert Ihnen. Sie treten hier auf, als wenn Sie schon in ganz Deutschland die Macht hätten. Und der Generalstreik ist erklärt!“

Der Major war unschlüssig. Das hieß also, er gab mir Gelegenheit, meine militärische Organisation ungestört aufzuziehen. Das war der Zweck meines Warnens. Adler blieb in Haft.

Köster zerreißt ein Telegramm von Kapp

Nun reiste Meitmann wieder zu Adolf Köster nach Flensburg, um die Lage zu besprechen:

Köster sagte: „Ja, paß mal auf, heute abend habe ich hier meine Journalisten zusammen. Siebzig, vielleicht noch mehr Journalisten aus Deutschland, aus der ganzen internationalen ..., schwedische, dänische, was weiß ich ... Die berichten nun täglich vom Abstimmungskampf.“

Da sagte Köster: „Gucken Sie mal hier, Meitmann, Telegramm von Kapp! An mich. Auftrag: Herr Staatskommissar, ich beauftrage Sie, die Abstimmung ungestört, so wie Sie es begonnen haben, weiterzuführen.“ Und da sagt er: „Passen Sie mal auf, was ich heute abend mache.“

Da kamen sie dann alle, die Journalisten. Herr Hussong, der Chefredakteur der

Deutschen Tageszeitung, der deutschnationale, reaktionäre Dolchstoßmeister, nicht wahr, alle diese Leute. Da sagte Köster: „Hier habe ich von einem Herrn Kapp heute morgen ein Telegramm bekommen. Kennen Sie den Herrn Kapp? Einer von Ihnen? Darin steht folgendes: ‚Herr Staatskommissar Dr. Köster, machen Sie die Abstimmung im Sinne ihrer bisherigen Arbeit weiter. Reichskanzler Generallandschaftsdirektor Kapp.‘“ Ratsch, ratsch (Meitmann zerreißt ein Stück Papier). „Das ist Herr Kapp!“ sagte Köster, und zerriß vor den versammelten Journalisten das Telegramm. „Den brauchen wir nicht, um unsere Arbeit hier weiterzuführen. Den Auftrag, den habe ich nicht nötig. Wollen Sie hier weiter mit mir arbeiten in dem Sinne, wie wir es bisher gemacht haben? Wer es nicht will, der läßt es. Herr Kapp existiert für uns nicht.“

Die ersten Waffen aus Rendsburg und Husum

Meitmann beschreibt kurz, wie am Anfang der Republik versucht worden war, Einwohnerwehren zu bilden, um das Volk zum Schutz der Republik zu bewaffnen. Ich wußte aus dieser Tätigkeit heraus, daß ein gewisser Lehrer Schumann in Husum oder bei Husum als Anfang dieser Einwohnerwehraktion 40 Gewehre und 2000 Schuß Munitioin in seiner Verwahrung hatte. Das war also eine dieser Organisationen dort auf dem Landgebiet. Nun saßen wir ja da. Der Handstreich war mißlungen, und irgendwoher mußten wir Gewehre bekommen. Ich sagte: Nun mußt du nach Husum!

Und so versuchte ich auch mit Rendsburg Verbindung aufzunehmen. Die kriegten wir auch. August Rathmann hat die Telefonate erledigt. Dann hat der dortige Landrat, Robert Pfaff, ein Sozialdemokrat, uns mitgeteilt: „Hier ist ein kleiner Feldwebel Tiedemann. Der hat hier eine Artilleriestaffel von vier Kanonen. Und wir sind hier Herren der Lage, und die schicke ich dir.“ Das gab Luft! Ich sagte: „Warte damit noch, Robert, bis ich dir den Bescheid gebe. Wir müssen noch die Husumer ranholen.“

Dramatische Augenblicke auf dem Husumer Markt

Wegen des Generalstreiks lagen die Eisenbahnen still. Als Meitmann nach Husum wollte, blieb ihm nichts anderes übrig, als ein Fahrrad zu leihen und gegen Regen und Wind nach Husum zu strampeln.

Ich komme ins Gewerkschaftshaus. Da sitzen die Leute und spielen Skat. Ich sag: „Wer ist hier denn euer Parteivorsitzender?“ – „Wissen wir nicht!“ Es waren einfache Arbeiter. Ich sage: „Ja, wer ist hier euer Gewerkschaftskartellvorsitzender?“ – „Joa, das ist ein alter Mann, ich weiß nicht, wo der wohnt.“ Ich habe mich durchgefragt, und dann bin ich also zu ihm hin. Das war der alte Landarbeitersekretr Wilhelm Krger. Weihaarig, vielleicht schon in meinem Alter, das ich jetzt habe. Und er sagt: „Endlich kommt einer und nimmt

hier die Sache in die Hand. Diese Schlafmützen hier.“

Ich sage: „Wilhelm, du bist mein Mann!“ Da hab ich ihn in meinen Plan eingeweicht. Ich sag: „Nun brauchen wir hier die 2000 Schuß Munition und die 40 Gewehre von dem Schünemann. Ich glaube, Bredstedt oder so, da wohnt der.“

„Dat mak ik“, sagt er, „Karl, dars gar nix bi.“ Er ans Telefon, telefoniert die Eisenbahnwerkstatt in Husum an. Er läßt sich einen Gewerkschaftler geben und sagt: „Mach eine Maschine zurecht, und hol die 2000 Schuß Munition.“ Die sind mit der Maschine los. Und am Abend hatten sie die 40 Gewehre und die 2000 Schuß Munition.

Und dann sage ich zu dem alten Wilhelm: „Das nimmst du jetzt unter deine persönliche Verantwortung, damit da kein Blödsinn mit gemacht wird.“

Und am andern Morgen bin ich dann zu dem Landrat, das war der Landrat Plambek, ein Demokrat, ein relativ loyaler Mann, und habe ihm gesagt: „Ich komme aus Flensburg, im Auftrage des Staatskommissars. Sie sind hier der Landrat. Nun passen Sie auf: Jetzt alarmieren Sie Ihre Gendarmerie, und Sie holen alle Waffen, die Sie hier haben in Husum, sofort bei sich im Landratsamt zusammen. Und da komme ich und übernehme diese Waffen, denn ich habe Anordnung vom Staatskommissar Köster, in Schleswig die meuternden Offiziere und Mannschaften gefangenzusetzen. Herr Landrat, das ist ernst. Sie sind hier ein Beamter des preußischen Staates, und Ihr Chef und allein zuständiger Mann ist Dr. Köster!“

„Jawohl, ich mache.“

Und wieder ins Gewerkschaftshaus zurück. Da waren einige Funktionäre gekommen. Die hatten gehört, hier sei einer aus Schleswig. Zu denen sage ich: „So, nun gebt mir mal fünf, sechs Leute mit, die ein bißchen was auf den Knochen haben. Ich muß runter an den Hafen. Ich hab da gehört, da sind zwei Schnellboote von dem Wasserschutz, und die haben zwei MG's vorne auf der Back aufgebaut.“ Das war morgens um halb elf. Ich also mit meinen Leuten runter und treffe unterwegs den Burschen von meinem Oberleutnant im Felde. Und dieser Bursche, Matthias Jakobsen hieß er, das war ein Rauhreiter. Ik segg: „Kumm mit, Matthias, di heff ik grad brukt.“ Also so einen Rabauken, den brauchte ich doch, wenn es da unten zum Konflikt kam. Und um halb elf komme ich da nun an den Hafen und sage: „Wer ist hier der Kommandant von den beiden Schiffen?“

„Das ist der Oberleutnant Jakobsen“, sagt er, „und der wohnt da in dem kleine Hotel.“ Ich rauf. Da lag er noch im Bett und schlief und kam raus im Pyjama. Ich sage: „Sie sind hier der Kommandant. Ich bin der und der. Sie haben hier zwei Maschinengewehre, und ich gebe Ihnen jetzt den Auftrag, sofort beide Maschinengewehre abbauen zu lassen und meinen Leuten zu übergeben.“

„Jawohl, jawohl!“

Wir runter zu den Booten. Der Obermaat schäumte und war wütend, als er die

beiden Gewehre abbauen mußte. Ich schicke meinen Matthias mit dem einen MG und sechs Kisten Munition. Das war wie Bratäpfel für uns, diese Munition, denn das sollte ja alles erst losgehen.

Ich sage: „Matthias, jetzt gehst du direkt zum Gewerkschaftshaus und guckst nicht links noch rechts und gehst Menschenansammlungen aus dem Wege, sonst nehmen sie dir das MG noch weg. Wir haben noch gar nicht damit geschossen. Und da gehst du hinten in den Saal und schießt das Maschinengewehr ein. Und dann legst du vorne in die Fenster Sandsäcke. Da postierst du dein Maschinengewehr drauf, und dann geht ihr nicht aus dem Bau. Schön.“

Und da bauen wir nach zehn Minuten unser MG ab, und ich komme dann mit den drei andern Genossen, die packen das MG auf und wir also los. Wir kommen auf den Marktplatz von Husum. Da steht ein Denkmal. Kennt ihr Husum? Ein Fischermädchen mit so einem Riemen, so ein kleiner Brunnen. Und es war ja März, und es lief noch kein Wasser. Und der ganze Marktplatz rundum schwarz voll Menschen. Mündliche Post. Die merkten auch, daß in Berlin Kapp-Putsch war und daß die Arbeiter etwas unternahmen. Da war nun alles versammelt, die Bürger und die Neugierigen und die Frauen. Alles schwarz voll Menschen. Und ich komme vom Hafen. Ich komme vom Hafen rauf und gehe also durch die Menge hindurch auf das Denkmal zu. Und wer liegt in dem Brunnen, in dem kein Wasser war? Woher er den Sandsack hatte, weiß ich nicht, darauf – wie beim „Preußen“ gelernt –, ordnungsgemäß sein MG: Matthias Jakobsen! mit vier oder fünf alten Vorderladern, die er noch irgendwo requiriert hatte. Ich komme da ran und sag: „Matthias, ich könnte dir ja eine in die Fresse hauen. Mensch, hier liegst du nun mit dem MG. Du weißt gar nicht, ob es schießen kann. Und nun guck dir das an. Wenn die Leute sich in Bewegung setzen, stecken sie dich und das Maschinengewehr und mich und uns alle in die Tasche. Darum habe ich dir doch gesagt, du sollst dich sofort im Gewerkschaftshaus einnisten.“

Während ich da mit ihm diskutiere und ihm Vorhaltungen mache, öffnet sich von einer andern Seite her die Menschenmenge. Es kommen die vom Landrat alarmierten 18 Gendarmen. Ich denke, nun ist es soweit. Die haben auch gemerkt, daß wir ja gar nichts haben. Und ich guck vorwurfsvoll zu Matthias Jakobsen. Er springt auf den Brunnenrand und kommandiert: „Gendarmerie, halt! Einzelnen hierherkommen!“ – und sie kamen. Der Gendarmeriewachtmeister, alle bewaffnet, Karabiner um. Während sie vom Trottoir zu unserem Denkmal gehen, konnte ich mich fassen. Da habe ich wieder geblufft. Ich sage: „Bitte sehr, hier ist mein Ausweis, und Sie sind ja wohl vom Landrat Plambek jetzt aufgefordert worden, die Waffen hier zusammenzuholen. Ich habe keine Zeit mehr. Also in einer Stunde alle Waffen aufs Landratsamt. Ich habe nie die Waffen gesehen, aber die Gendarmen war ich los.“

Kröger sorgte nun für den Transport der Schümannschen Gewehre, während

Meitmann wieder zu Köster nach Flensburg fuhr.

Die Gefangennahme der Kappisten

Köster entwarf in Flensburg ein Flugblatt für die Soldaten im Schloß Gottorp, um sie von ihren Offizieren zu lösen. Das Flugblatt wurde nachts durch mutige Schwimmer ins Schloß gebracht.

In Schleswig wurde Eduard Adler inzwischen von den Kappisten freigelassen. Er hielt daraufhin eine Versammlung ab und sprach für Ruhe und Ordnung.

Inzwischen traf Meitmann die letzten Vorbereitungen für die Gefangennahme der Kappisten. Im Auto mit einigen Freunden aus Flensburg – unter ihnen der dortige Arbeitersekretär Friedrich Bauer – fuhr er nach Schleswig.

Als wir mit dem Auto von Flensburg herunterkamen, am Kirchhof vorbei, da hörte ich schon das Gewehrgeknatter. Aha, also es ist losgegangen. Und dann hin nach dem – das war ja mein einziger Anhaltspunkt – nach dem Restaurant Hohenzollern, wo Adler die Versammlung abhielt. Sie war gerade zu Ende und Adler nicht mehr da. Die Leute strömten nun nach Hause.

Dann kamen von der Stadt herauf Leute, vollständig aus eigener Initiative, und sagten: „Wir haben jetzt zwei Maschinengewehre und sechzehn Gewehre. Wir haben den Leutnant von der Schulenburg beim Amtsgericht einfach hier, komm...! Und dann hier rein! Den haben wir da oben im Hotel eingesperrt, und die Waffen, die haben wir.“

Und Emil Brotkorb, ein alter, keineswegs romantisch gestimmter Leiter des Konsumvereins, ja, der saß da und überwachte die Post, die Telegramme. Und dann kamen die Telegramme von Lettow-Vorbeck aus Schwerin: „Aufs freie Feld gehen. Die Aufrührer (das waren wir) zusammenschießen. Die Unterhändler aufhängen!“ Solche Telegramme von 14 bis 15 Seiten, immer wiederholend: „Widerstand leisten! Aus den bedrohten Städten raus. Sie konzentrisch mit Minenwerfern und Artillerie zusammenschießen!“

Leider ist das verlorengegangen. Ich habe die Telegramme alle aufbewahrt. Wie die Nazis kamen, habe ich die Akten vergraben, sie aber nicht wiedergefunden.

Ohne mich zu fragen – ich kam ja eben erst an –, hatten die Schleswiger sich rangemacht: Wir haben zwei MG's, und wir haben sechzehn Gewehre, und wir wissen ganz genau, daß da zwei Dämme sind. Und die einfach losmarschiert und schmeißen sich da bei dem Kanonendenkmal hin. Das liegt zwischen dem Regierungsgebäude und dem Schloß Gottorp, gerade, wo der Damm sich so ausweitet und aufs Land kommt. (Das Denkmal steht heute nicht mehr.)

Dann machten die Husaren, das waren 750 Mann, einen Ausfall mit dem Oberleutnant Schiller an der Spitze, 80 Mann. Und da haben sie als alte Weltkriegssoldaten durchgedrückt, unsere Leute, rattertata! Und da lagen da neun Tote, und der Oberleutnant Schiller auch. Zweimal haben sie es versucht. Da war

der Angriff, der Ausbruch, abgeschlagen. In der Situation kamen wir von Flensburg herunter. Und da, kurz vor dem Schloß, beim Lollfußeingang, liegt auf der rechten Seite das Hotel Stadt Hamburg. Der Wirt, das war ein Demokrat, und ich rein: „Herr Drage, ich brauche eine weiße Fahne!“ Ein Tischtuch heruntergerissen und ins Auto hinein. Und dann stehend im Auto mit der weißen Fahne links am Lollfuß nach der Schlei hin. Hinterm Damm lagen unsere Leute mit Karabiner, und rechts im Schloß waren die andern. Und dann durchgefahren. Da hörten sie auf zu schießen. Und dann rein ins Schloß. Und da waren sie nun: der Herr Major von Lattorf und die ganze Korona.

(August Rathmann wirft hier ein, daß inzwischen auch die Rendsburger Kanoniere nach Schleswig gekommen waren.)

Nun hatte ich also den Termin, wo wir sie absolut in der Hand hatten. Das mußte ich nun noch ein bißchen psychologisch untermauern.

Ich bin in der ganzen Zeit niemals als Unterhändler, sondern immer als der vom Exekutivrat Beauftragte ins Schloß gefahren, immer mit der Pistole umgeschallt, immer als der verantwortliche Kommandant der Arbeiterwehren. Und dann rein ins Schloß. Na, das hättet ihr sehen müssen! Diese Helden! Kreideweiß! Und dann habe ich dem Major Lattorf gesagt: „Nun, Herr Major, was geschieht nun?“ Er konnte gar nicht sprechen. „Jaja, vor drei Tagen da war ich hier und habe Ihnen gesagt, was passiert.“

„Da habe ich ja schon gesagt, daß ich von der Brigade, von Herrn von Lüttwitz belogen bin. Und ich verspreche ihnen, daß ich sofort aus der Reichswehr austrete.“

Inzwischen hatte sich in Schleswig herumgesprochen: „Die Arbeiter haben gesiegt!“ Da kamen neue Gewehre hinzu. Robert Pfaff aus Rendsburg hatte ich telefoniert: „Bring deinen Tiedemann mit deinen vier Kanonen her und bau sie da oben, damit die Offiziere sie hier aus dem Fenster vom Schloß sehen können, in der Busdorfer Schweiz auf, damit sie sehen, daß ich nicht bluffe!“

Ich habe ihnen in der Verhandlung gesagt: „Jetzt wird kapituliert, meine Herren, wenn Sie meinen, daß Sie aus dieser Situation herauskommen, indem Sie mich wie meinen Freund Adler hier einsperren, dann tun Sie das man. Der, der dort an der Kanone steht, der Gewerkschaftskartellvorsitzende Kolar, hat meine Unterschrift. Und wenn ich nicht bis heute abend um sieben bei ihm bin, dann schießt er! Dann wird hier hereingeschossen!“

Und dann noch dies: Dann kam Köster. Er sagte: „Meitmann, das habt ihr hier ja gemacht wie es im Buche steht! Machen Sie mal weiter.“ Ich sage: „Doktor, nun kommt das Letzte. Jetzt müssen Sie das noch in Ihrer eigenen Person in die Hand nehmen!“

„Ne, ne, ne“, sagt er, „das ist ja noch nicht zu Ende. Wir wissen ja gar nicht, was die machen. Der einzige, vor dem die Respekt haben, das scheinen Sie zu sein.“

Machen Sie man so weiter.“

Dann habe ich ihm gesagt, was ich will. Da sagt er: „Richtig, richtig, gefangennehmen, hier kapitulieren. Waffen abgeben!“

Da habe ich aufgeschrieben: „Der veantwortliche Garnisonälteste, Major von Lattorf, erklärt hiermit die Übergabe der Garnison in die Hände der Beauftragten der republikanischen Abwehrkämpfer unter dem Vorsitz des Exekutivrats und Meitmann. Wir geben hiermit unsere Waffen auf Kammer.“

Inzwischen hatte sich unten vor dem Schloß eine riesige Menschenmenge versammelt, darunter auch die ganzen deutschnationalen Regierungsbeamten, also halb Schleswig stand da unten. Die Leute schrien: „Raus sollen sie!“ Darunter war ein Haufen Besoffene und auch Kommunisten. Die wollten die entwaffneten Soldaten massakrieren. Aber es lag uns doch nicht daran, noch ein unnützes Blutvergießen zuzulassen. Und dann haben August Rathmann und Hermann Brennecke und unsere bewaffneten Schleswiger Arbeiter ... Da habe ich gesagt: „Sie sollen ihre Karabiner quer vor den Bauch nehmen und eine Gasse bilden. Ich muß diese Offiziere vor ihren Augen in unsere Gewalt bringen. Das sind sie nicht, solange sie hier im Schloß sitzen.“ Ich hatte mir vorgenommen, sie sollten in denselben Saal eingesperrt werden, wo sie meinen Eduard Adler eingesperrt hatten. Das hab ich auch gemacht. Und nun wurde es draußen immer doller.

Na, und dann kamen wir runter mit den Offizieren. Ich habe zu meinen Freunden gesagt: „Wenn da irgendeine Gewalttat geschieht, dann geht es los. Dann kriegen wir die ganzen Soldaten auf den Hals. Dann kommen sie aus Todesangst, brechen die Waffenkammer wieder auf und schießen aus dem Schloß um ihr Leben. Und dann liegen hier die Kinder und die Regierungsräte und die Arbeiter und alles, was da ist, das liegt hier wie Gulasch. Jetzt entschert ihr eure Pistolen und eskortiert diese 18 Offiziere. Die kommen ins Hotel Flenker und werden gefangengesetzt.“

Ich ging am Schluß dieser 18 Mann. Das war ein Geheul, wie wir durch die Gasse gingen. Das ist natürlich für die Leute, die da wissen, da liegen doch unsere eigenen Toten und die Toten der mehr oder weniger betrogenen Soldaten. Der zweitletzte Offizier machte den „Mich-kann-nichts-erschüttern“-Marschtritt. Und diese Art, die ja nichts als der Ausdruck der inneren Angst war, die hat einen Arbeiter so geärgert, daß er die Order, sie unbehelligt durchgehen zu lassen, vergessen hat. Und da haute er diesem Oberleutnant mit dem Fuß eins in die Kniekehle. Da springt der Oberleutnant auf und sagt zu mir: „Und Sie haben uns garantiert...!“ Das hatte ich, daß sie vor ein ordentliches republikanisches Gericht gestellt werden sollten. Und in dem Augenblick dreht der Arbeiter seinen Karabiner um. Und wenn ich den Oberleutnant nicht mit der rechten Hand ins Genick kriege und ihn durch die Tür schmeiße und mit der linken nach dem Karabiner greife, dann haut er ihm den Bregen ein. Da saust er also rein, und der andere, der letzte, unter meinem Arm durch. Nun hatte ich sie also drin, aber die Menschen standen

da, was für Menschen! Dann habe ich die Tür zugemacht und mich mit dem Rücken vor die Tür gestellt, und da habe ich – das war die Sternstunde meines Lebens – eine zweiminütige Ansprache gehalten und bin so angefangen: „Genossen, wir sind Sozialisten und keine Schlächter, und ihr alle seid im Krieg gewesen und Soldaten gewesen. Ich frage jeden einzelnen von euch: habt ihr je einen französischen Gefangenen, einen belgischen oder englischen Soldaten, wenn er gefangen war, mißhandelt oder etwa erschlagen? Jetzt geht ihr aufs Stadtfeld, und Feldwebel Koch organisiert euch.“ Dann marschierten sie ab. Sie hatten eine Aufgabe.

Da drehe ich mich um, mache die Tür auf und gehe rein. Und da standen sie. Da war ein großes Billard, so wie dieser Tisch. Alle kreideweiß, die Offiziere. Auch dieser Hauptmann, der Drahtzieher, dabei. Der Major Lattorf bedankt sich, weil ich ihnen das Leben gerettet. Ich sage: „Nun will ich Ihnen einmal etwas sagen, Herr Major: Sie haben hier das Leben von Schleswiger Bürgern, von Ihren Soldaten und von denen, die die Republik verteidigt haben – da liegen unsere beiden Toten –, das haben Sie zu verantworten, und das werden Sie auch vor Gericht verantworten. Bis heute abend um sechs bleiben Sie hier unter Bewachung verhaftet. Dann werden Sie mit Lastwagen oder mit Transportwagen nach Kiel ins Polizeipräsidium übergeführt!“ Und so geschah es auch.

Meitmanns Schlußwort

Nun will ich Schluß machen und die Frage stellen, die euch allen sicher jetzt im Herzen schwingt: „Und was hat es genützt?“ Mit einem zu sprechen: „Ein großer Aufwand nutzlos ward vertan?“ Nein, nein, ihr jungen, geistigen Menschen, die ihr einmal Deutschland mit repräsentieren und tragen sollt, mit eurem Arbeiten, mit eurem Denken, mit eurer Verantwortung! Es gibt Dinge, die sind außerhalb der Ratio. Die empfangen ihre Macht im Augenblick. Das ist der Mut und das Bekenntnis einer Persönlichkeit, etwas zu tun, gegen das alle Vernunft zu sprechen scheint.

Für mich war der Abschluß dieser Aktion eine Vorladung vor den Amtsgerichtsrat in der Ringstraße in Kiel. Ich sollte mich wegen Amtsanmaßung verantworten. Ja, ich sah nun, wie die Dinge liefen. Sie wurden wieder freigelassen, diese Offiziere. Sie fuhren wieder mit ihren roten Rökkchen in Schleswig herum. 14 Tage nach dem Ereignis, und machten eine Par-force-Fuchsjagd. Unsere Leute warteten auf die Erfüllung dessen, wovon ich überzeugt war, daß es kommen mußte, die Gerichtsverhandlung, die Verurteilung! Ja, und wer hat uns das erschwert? Die Leute, die nur mit anderen Vorzeichen dasselbe machten in Bremen und im Rheinland in dieser Aktion, nämlich die Kommunisten. Und so ging das alles in diesem Seifenschaum des Durcheinanders der Zeit unter. Und ich sage trotzdem: Es wiederholt sich nichts. Wir werden auch nicht mit diesen Methoden und mit

diesen Mitteln uns unserer Freiheit erwehren; es werden andere Mittel sein als Gewehre und MG's. Aber das entscheidende Element, ob mit oder ohne Gewehr, das ist immer siegreich, und das kann niemals fehlen, bei keinem Kampf: das ist die Überzeugung, die Gesinnung, die Absicht, die Moral, die Ethik, was ihr wollt. Die kann jeder nur für sich selbst bestimmen. Und das haben diese Arbeiter getan; nicht gefragt: „Welchen Zweck hat das, und kommt das zu dem Ziel, und kann ich dabei mein Leben und die Familie ihren Ernährer verlieren?“ Sie sind ihrem Gewissen gefolgt! *Das waren Demokraten, echte Demokraten!*

*

Mit Stolz bekenne ich mich zu ihnen, zu unserem gemeinsamen Kampf für die Freiheit und das Recht, zu ihrer Tapferkeit und zu ihrer hochherzigen Gesinnung, wenn es sein muß, auch das eigene Leben dafür einzusetzen, freiwillig, bedingungslos und ohne Dank und Denkstein. Denn *diese* Gesinnung war *seit eh und je* die tiefste und reinste Quelle des Fortschritts der Menschheit und – wird es in aller Zukunft bleiben. Wenn einmal die Stunde *eurer* Bewährung schlagen sollte, dann – *denkt an sie!*

KARL MEITMANN, geb. 1891 in Kiel. Vorsitzender der Kieler Arbeiter-Jugend. Militärdienst und Kriegsdienst im ersten Weltkriege an der Westfront, zuletzt als Feldwebel. Nach dem Waffenstillstand zunächst Sekretär bei Eduard Adler und Dr. Adolf Köster. In der Zeit der Weimarer Republik Sekretär des Reichsbanners. Nach 1933 eine Zeitlang im Konzentrationslager Neuengamme. Leitete den Wiederaufbau der SPD in Hamburg nach 1945. Von 1949 bis 1961 Mitglied des Bundestages. Lebt jetzt im Ruhestande in Kiel-Mönkeberg.

An Axel Henningsen, den Achtzigjährigen

Es sind fast vierzig Jahre ins Land und in die Welt gegangen, lieber Herr Henningsen, seit ich Ihnen zum ersten Mal begegnete. Ich erinnere mich noch genau an den Tag im alten Haus am Kanal, kurz vor dem Gerhardshain in Rendsburg, das damals die Heimvolkshochschule beherbergte. Sie saßen im Zimmer neben dem Eingang an Ihrer Schreibmaschine; wie sollte es auch anders sein: Wenn Sie nicht unterrichteten, dann arbeiteten Sie, schrieben Aufsätze, bereiteten die Lehrgänge vor, hielten den großen Betrieb einer Heimvolkshochschule im Gang.

Doch das merkte ich mit der Zeit, daß Sie immer arbeiteten und auch in der Arbeit Ihre Erholung fanden.

Mir war elend zumute; denn mir waren die Felle fortgeschwommen. Ich war nach Rendsburg gekommen, um dort Syndikus eines Verbandes zu werden, und diese Arbeit war vergeben, ehe ich überhaupt gefragt und gehört worden war. Das Dreiergespann, das damals für den Nicht-Schleswig-Holsteiner Rendsburg bedeutete, Landrat Steltzer, Pastor Tonnesen und Rektor Henningsen, hatte sich für den aus der Jugendbewegung stammenden und aus der Großstadt kommenden jungen Mann offenbar aber ausgedacht, daß sie ihn erstmal sehen und ihren Frauen vorstellen wollten, ehe sie ihn für die Heimvolkshochschule als Lehrer engagierten. – Mir ist nie klar geworden, ob die Sache mit dem Syndikus ein Vorwand oder ein echter Weg war, ob die Frauen der Männer von Rendsburg das entscheidende Wort sprachen oder ob man dem Enttäuschten als Ausweg die Arbeit in der Volkshochschule anbot.

Jedenfalls empfingen Sie, lieber Herr Henningsen, mich an jenem Morgen mit der freundlichen Zurückhaltung des Nordschleswigers, der aber dann doch redete, als er merkte, der andere redet ja auch nicht viel und wartet, daß man ihm erklärt, was denn in einer Heimvolkshochschule los sei.

Sie werden wissen, was man mit mir vorhatte, auch wenn Sie es mir nie sagten. Aber seit jener Zeit war ich in Ihrem Bannkreis. Man muß dazu wissen, daß ich ziemlich unbedarft nach Rendsburg kam, nach dem Studium und einer schon in den Jahren vor dem Abschluß aufgenommenen Tätigkeit bei einem mir befreundeten Steueranwalt – es war der, der nach einem Besuch in Rendsburg überall verbreitete, dort gäbe es, weit hinter Hamburg, nur eine hohe Brücke, eine Heimvolkshochschule und sonst reinstes Land! Die Jugendbewegung ließ einen ja auch in voller Romantik und fern von Argwohn mit großem Idealismus im Leben stehen.

Sie waren der dekorierte Erste-Weltkriegs-Offizier, der Mann des Abstimmungskampfes in Nordschleswig, der Kenner der deutschen und der dänischen Seele, der Freund des einfachen Menschen und des einfachen Lebens, der Kämpfer für eine Versittlichung des Daseins aus den Inhalten des Volkstums, der Heimat, des Bauertums, all dessen, was man in unserer – jetzt darf ich mich wohl dazu zählen – schleswig-holsteinischen Landschaft damals für gut und für eine neue Ordnung des Volkes für notwendig hielt.

Und Sie waren ein begnadeter Erzieher dieser Menschen, ein Lehrer von Geblüt, aus Neigung und aus Liebe.

Wie staunte ich, als ich Ihre einfache und bildhafte Sprache vor den jungen Mädchen und Männern im Unterricht hörte, die Fähigkeit bewunderte, mit wenigen verständlichen Worten ganze Sinneszusammenhänge in ihrem Tiefen- und Breitenbezug dem Menschen des Volkes klarzulegen und ihn, im Ansprechen seiner Vorstellungen und Erfahrungen, zu einer eigenen Stellungnahme und zum Denken aufzufordern.

Mir ist erst später klar geworden, daß Sie ein Volksmann und Volkslehrer waren und bei vielen in die Schule gegangen waren: bei Pestalozzi, Herbart und Kerschensteiner, aber auch bei Grundtvig und Christen Kold.

Und ich ging bei Ihnen in die Schule, lieber Herr Henningsen, in die Lebensschule, wie so viele andere junge Leute, die Sie in ihrem Alter noch heute verehren. Was machte es denn aus, daß ich auch vor dem Lehrgang stand und Interesse für wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge zu erwecken suchte, – und wie schwer fiel dem begrifflich Denkenden die bildhafte einfache Sprache, – wenn wir alle vor Ihnen saßen oder standen und von Ihnen lernen konnten, was Heimat und Volk, was der einzelne und die Gemeinschaft, was die verpflichtende Freiheit für den schleswig-holsteinischen und deutschen Menschen bedeutete, was es mit dem echten Hunger auf sich hatte, der Hans Unwirsch durch die Welt trieb und ihn die Selbstsucht und den Tod überwinden ließ.

In meinen Notizen über die Zeit in Rendsburg der Jahre nach 1925 ist ein Ereignis besonders verzeichnet, als die Leute des Hohenrodter Bundes, die Erdberg, Bäuerle, Pfeleiderer, Rosenstock, Flitner, die damals bedeutendsten Theoretiker und Lehrer der Volksbildung in Deutschland, nach Schleswig-Holstein kamen, nach Rendsburg natürlich, um zu sehen, wie man dort arbeitete, um den Vergleich mit dem Norden einerseits, den mitteldeutschen Volkshochschulen andererseits zu haben, um Schleswig-Holstein für sich zu gewinnen. Das gelang; seit der Zeit sprach das Land zwischen den Meeren mit im Chor der Erwachsenenbildung. Sie waren der große Lehrer, Herr Henningsen, der überzeugte. Es heißt in den Aufzeichnungen: „Nicht etwa Überrumpelung, Speichelleckerei oder Vortäuschung falscher Tatsachen, d. h. daß eine Einigung nur vorgetäuscht ist. Gar nicht! Wir treiben die Art der Volksbildung, die von dem größten Teil der

Hohenrodter theoretisch gefordert wird.“ Das sind stolze Worte, sie kennzeichnen aber die Lage, und es wird höchste Zeit, daß man sich einmal mit der Befruchtung der Volksbildung in dieser Zeit durch Schleswig-Holstein befaßt! „Wert der Tagung für uns“, heißt es zum Abschluß, „Hinein in den geisteswissenschaftlichen Kampf! Es hat sich gezeigt, daß wir praktisch weiter sind als sie, nur fehlt uns die geisteswissenschaftlich theoretische Zusammenfassung. Das muß kommen.“

Nun, Herr Henningsen, Sie wissen, das kam nicht so, noch nicht. Sie schieden aus der Volkshochschularbeit aus, weil auch Sie in vielen Ihrer Gedanken und Bestrebungen nicht richtig verstanden wurden, wie man heute wohl sagen kann; ich folgte dem Ruf aus dem Reich in die Arbeit der Deutschen Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung, unsere Wege trennten sich.

Sie sind sicher auch in Ihrer neuen – der ewig alten – Schulmeistertätigkeit der geliebte und geachtete Erzieher geblieben. Ich hatte in meinem Tornister die Schriften der Schleswig-Holsteinischen Gesellschaft für deutsche Volkserziehung, das Bauernheft der Rendsburger Volkshochschule und Ihre Überlegungen zur Lehrerbildung, daneben natürlich auch die Werke der gelehrten Hohenrodter. Aber von Schleswig-Holstein bin ich seitdem nie freigekommen, weil ich mich hier beheimatet hatte, von Rendsburg nicht, als dem Vorort der Volkserziehung im Umgang mit jungen Menschen, weil ich dort mich selbst in einer herrlichen Aufgabe gefunden hatte; von Ihnen innerlich nicht, weil Sie für mich der bewunderte, nicht zu erreichende Volksmann und Volkslehrer waren, dem die Herzen zuflogen, der die Sinne aufschloß, den Geist selbständig machte, der, lauter und abhold allen Häßlichkeiten des Daseins, nicht achtend der tragischen Verstrickungen des Menschseins, ein gerader Mann, ein Vorbild war. Sie waren damals 45 Jahre, ich 25 Jahre alt.

Als wir uns wiedersahen, hatte sich die Welt verändert, allerdings ganz und gar nicht so, wie wir es uns in Rendsburg seinerzeit geträumt hatten: Das Reich lag zerstört darnieder, für Volkstum und Heimat gab niemand mehr etwas, es sei denn die dänisch gesonnenen Südschleswiger, alles war zerrissen, aus der Bahn geworfen, wie Spreu vor dem Wind die Menschen. Hochmut und Verworfenheit, Absonderung von Gott und Strafe, – weil man selber Gott sein wollte, saß man im tiefsten Elend.

Es war im Monat vor Ihrer Berufung ins Kultusministerium. Der Aufbau eines Staates, eines Schulwesens, einer Erwachsenenbildung begann von neuem. Als ich die Leitung von Rendsburgs wiederbegründeter Heimvolkshochschule übernahm, also gewissermaßen Ihr Nachfolger wurde, was ich mir nie hatte träumen lassen, betreuten Sie die Erwachsenenbildung und die Kulturarbeit im Lande von der Regierungsseite her, später arbeiteten Sie als Leiter der großen Abteilung für die Volks- und Mittelschulen, ein halbes Jahr lang lenkten Sie als Amtschef die Geschicke dieses Ministeriums.

Als Sie in den Ruhestand gingen, war der Grundstein überall wieder gelegt, und Sie können mit Stolz sagen, daß Sie an diesem Erziehungs- und Bildungswerk an oberster und erster Stelle in den schwierigsten Zeiten unseres Landes mitgewirkt haben.

Wenn man einmal die Geschichte unseres Bildungswesens nach dem Kriege schreibt, wird Ihr Name darin an hervorragender Stelle genannt werden müssen. Und doch scheint es mir eine einzigartige List der Weltgeschichte gewesen zu sein, daß gerade Sie, ein Pädagoge reinsten Wassers, in die trockene Organisationsarbeit einer großen Verwaltung gestellt wurden: Wenn Sie wenigstens noch ein Kämpfer um die Macht und ihre Ausübung gewesen wären, ein Mann mit Freude an der Organisation, an Richtlinien und Vorschriften. Nein, das Gegenteil, scheint mir, war durch Sie vertreten, der einfache Mensch, mit seinen Schwächen und mit seinen Stärken, mit seiner Leidenschaft für eine saubere Sache und seiner Liebe zur Entwicklung eines reinen Menschentums. Wenn ich Sie in der Dänischen Straße oder nachher im weiten Gebäude am Düsternbrooker Weg besuchte und zwischen Ihren Aktenbergen sitzen und Konferenzen abhalten sah, kamen Sie mir, der ich in dem lebendigen Umgang mit jungen Menschen und ihren Fragen lebte, immer ganz sonderbar vor. Ich hörte Sie immer noch im Gespräch in der alten Heimvolkshochschule, und hier nahmen Sie Akten auf und legten Sie, natürlich nach guter und zweckmäßiger Bearbeitung, ab, gaben sie „über den Bock“ weiter. Und es handelte sich in den meisten Fällen um die Schicksale von Menschen! Sie disponierten, gaben Anweisungen, ließen sich berichten und gingen selbst „zum Vortrag“, wie der Verwaltungsbrauch es verlangt.

Der Mensch in der Verwaltung tritt hinter dem Funktionär des Staates zurück, die Person hinter der zu erledigenden Sache und Aufgabe.

Das Große an Ihrem Wirken an so hoher Stelle scheint mir nicht nur Ihre sachliche Leistung für den Aufbau vieler Teile des Bildungslebens in Schleswig-Holstein zu sein. Darüber wird man später würdigend und voller Lob schreiben, sofern man überhaupt den Staatsdiener aus der Anonymität der Verwaltung und ihrer Hierarchie herausnehmen und erkennen kann. Das wesentliche Kennzeichen Ihres Wirkens ist für mich die Schaffung einer Vertrauensatmosphäre, in der man als Mitarbeiter wie auch als Ein- und Untergeordneter mit Freude und Zuversicht schaffen konnte. Ich meine, ohne Ihre fürsorgende, anregende, helfende und Schaffensfreude gebende Hand wäre der größte Teil der Erwachsenenbildung nicht entstanden und zur guten Entwicklung geführt, ohne Sie gäbe es nicht die Aufbauzüge als einmalige Leistung des Staates für seine Jugend auf dem flachen Land, ohne Sie hätte sich nicht die Idee einer der Landjugend dienenden ländlichen Oberschule entwickelt, ohne Sie hätte der Bau des dänischen Schulwesens für die Minderheit in unserem Lande nicht so entspannt und trotz

aller Gegensätze so loyal vorgenommen werden können, worüber manch einer auch verwundert und verärgert war!

Das alles steht Ihnen, lieber Herr Henningsen, gut zu Gesicht, es prägt Ihre Gestalt und zeigt Ihre große Fähigkeit als Pädagoge, Volksmann, Staatsdiener. Sie waren immer ein Mensch, einer, der an das Gute im anderen glaubte, es in jedem Fall ansprach.

So stehen Sie heute, in Vollendung Ihres 80. Lebensjahres, vor meinem geistigen Auge; ich bin überzeugt, so sehen Sie sehr viele in unserem Land, in Deutschland und auch im benachbarten Dänemark. Man beugt sich vor Ihrer Erzieherpersönlichkeit voller Anerkennung, man achtet in Ihnen den zweiströmigen Schleswiger und guten Schleswig-Holsteiner, und man liebt Sie als Mensch und setzt Sie als Vorbild. Jemand, der so für Sie, Ihr Werk und Ihre Anerkennung empfindet, erlaubt sich, Sie von Herzen zur Vollendung Ihres 80. Lebensjahres zu grüßen und Ihnen voller Demut und Freude zu danken.

FRITZ LAACK

Ein Blick in des Nachbars Fenster

Dänemark – unser Nachbar im Norden / Tyskland – vor nabo mod syd

Für den Grenzfriedensbund war der 1. Juli ein beachtenswerter und erfolgreicher Tag. Die Übergabe der beiden Bücher „Dänemark, unser Nachbar im Norden“ und „Tyskland, vor nabo mod syd“ an die Presse fand statt. Die Anregung zu diesen Publikationen stammt von Landesdirektor a. D. Jens Nydahl. Das Zustandekommen hat einiger Jahre Zeit und geldlicher Opfer von dänischer und deutscher Seite bedurft. Es ist nicht nur für die reifere Jugend gedacht, sondern für alle Kreise, denen deutsch-dänische Verständigung am Herzen liegt. Die Bücher sind geschaffen, um Vorurteile wegzuräumen und ein objektives Bild von hüben und drüben zu geben. Sichkennenlernen ist Vorbedingung zu gegenseitiger Wertschätzung und Ergänzung. Sehr treffend bezeichnet ein dänisches Blatt diese Bücher als *Et kig ind ad naboens vinduer*“.

Die Veranstaltung fand statt im Hotel Europa, und ein geladener Kreis von Pädagogen, Politikern und seit Jahren in der Grenzarbeit stehender Persönlichkeiten, darunter erfreulicherweise auch Damen, nahm an ihr teil. Die lebenswürdige, verbindliche Art der Begrüßung durch den ersten Vorsitzenden, Dr. H. P. Johannsen, schuf trotz der Frühhachmittagszeit eine aufgelockerte, aufnahmebereite Stimmung.

Es folgten Ansprachen einiger Mitarbeiter von beiden Seiten der Grenze. Rektor Buchreitz, Apenrade, betonte, daß der Start dieser Schriften nur ein Anfang sei, dem weitere folgen müßten, wenn die Sache einen Sinn haben sollte. Manche Mißverständnisse gelte es noch aus dem Weg zu räumen. Nun sei die Zeit reif dafür, dem früheren militanten Nationalismus einen toleranten folgen zu lassen.

Mit Humor sprach Prof. Dr. Troels Fink über die vielen Schwierigkeiten, die das Zustandekommen dieser Gemeinschaftsarbeit begleitet haben. Dr. Johannsen wurde seiner vorzüglichen „Hebammendienste“ uneingeschränktes Lob ausgesprochen. U. a. erwähnte der Sprecher, wie notwendig und wünschenswert es sei, wenn deutsche Kreise sich bemühen würden, Dänisch zu lernen.

Prof. Dr. Erdmann von der Kieler Universität, ebenfalls bemüht, durch den „Sprung mitten ins andere Volk“ Voreingenommenheiten und unnötige Reibungen zu beseitigen als Voraussetzung für besseres Sichverstehen, erzählte von dem persönlichen Verhältnis zwischen dem dänischen Historiker Aage Fries und dem deutschen Geschichtler Friedrich Meinecke. Trotz einiger unterschiedlicher Meinungen, etwa über Bismarck, und anfänglich kühler Distanz entwickelten sich freundschaftlich menschliche Bande, die sich in Notzeiten vorbildlich bewährten.

Am Schluß des offiziellen Teils wurde jedem Teilnehmer ein Exemplar der

Neuerscheinungen überreicht. Eine behagliche Kaffeetafel sorgte dafür, daß die Teilnehmer, Deutsche und Dänen, in anregendem Gespräch noch lange verweilen als verbundener Kreis mit gleichen Bemühungen um gegenseitiges Verständnis. Das Ganze ein Plus deutsch-dänischer Grenzfriedensarbeit. Vor zehn Jahren wäre eine Zusammenkunft dieser Art kaum möglich gewesen.

mb.

*

Im Oktober 1959 lud Jens Nydahl als Vorsitzender des Grenzfriedensbundes pädagogisch interessierte Kreise des Grenzgebietes zu einem Gedankenaustausch über Form und Möglichkeiten einer besseren deutsch-dänischen Verständigung nach Flensburg ein. Man faßte hier den Entschluß, „trotz allem, was trennt, dasjenige zu pflegen, was bindet, und besonders zu gegenseitiger sachlicher Orientierung beizutragen“. In dieses Programm gehören die beiden Schriften, die am 1. Juli 1963 im Rahmen einer kleinen Feier der Öffentlichkeit übergeben wurden.

Das Erscheinen dieser beiden kleinen freundlichen Bände bildet sowohl in der Geschichte völkisch-nachbarlicher Kulturbeziehungen als auch im großen Bereich des Bibliothekswesens ein Novum: Anerkannte Fachleute beschreiben ihr Land, dessen Wirtschaft, dessen Geschichte und Kultur nicht für ihre Landsleute, sondern für die Bürger des Nachbarstaates! Dänen schreiben für Deutsche, Deutsche für Dänen. Der Gewinn dieses Ansatzes liegt klar zutage. Er ist vor allem darin zu sehen, daß der Leser einen authentischen Bericht aus erster Hand erhält, der sich direkt und speziell an ihn wendet.

So groß der Gewinn für den Leser, so kompliziert waren die Arbeiten, die der Veröffentlichung vorangingen. Die Autoren hatten nicht nur die ohnehin schwierige Aufgabe der Stoffkonzentration zu meistern, sie mußten dabei ständig die Perspektiv der ausländischen Leserschaft berücksichtigen. Die Herausgeber – die Herren Rektoren Buchreitz und Jørgensen, die Herren Oberstudiendirektoren Hinrichs und Peters sowie Dr. Johannsen als Sekretär des Redaktionsausschusses – hatten nicht nur die Solisten eines, sondern zugleich zweier „Kammerorchester“ aufeinander abzustimmen, sie hatten über die übliche Herausgebertätigkeit hinaus darauf zu achten, daß sich beide Schriften in der Anlage, in den Themen, in der Sache entsprachen. Und schließlich mußten die Arbeiten übersetzt werden (Frau D. Johannsen und Herr M. Kamphövener). Daß man den beiden genannten Schriften all diese Schwierigkeiten nicht anmerkt, daß sie vielmehr – von Kleinigkeiten abgesehen – flüssig geschrieben und in sich geschlossen wirken, stellt der Zusammenarbeit aller Beteiligten das beste Zeugnis aus.

*

Die dänische Aufsatzreihe beginnt mit einer Arbeit von C. W. Lebahn: Dänemark

– erdkundlicher Überblick. In einer übersichtlichen und sehr inhaltsreichen Darstellung gibt der Verfasser seinen deutschen Lesern ein anschauliches Bild seiner dänischen Heimat: ihrer maritimen Bedingungen, ihrer geologischen und morphologischen Gegebenheiten, ihrer Besiedlung, ihrer Wirtschafts- und Kulturgeographie. Besondere Abschnitte sind den Färöern und Grönland gewidmet; eine ortskundliche Beispielkette (Kirchspiel, Kleinstadt, Großkopenhagen) beschließt den Aufsatz. Erstaunlich wirkt neben dieser Vielfalt die Fülle an Einzelheiten; immer wieder sind genaue Zahlen und Ortsangaben eingefügt. Der Satz: „In den Jahrzehnten nach 1788 sahen viele Gutsbesitzer, vom Staate angeregt, ihren Vorteil darin, den Zinsacker als Eigentum zu verkaufen, und damit endete auch die Pflichtarbeit, der sogenannte Frondienst auf den Gütern“ – mag als Beispiel gelten, in welcher Dichte genaue Sachverhalte und exakte Geschichtsbezüge in einen überschaubaren Satz gebracht worden sind. Die Darstellung bleibt stets lebendig, man liest gern weiter, zumal auch der dänische Humor zu Wort kommt.

Die anderen Aufsätze weisen die gleiche Konzentration, das gleiche Niveau und eine ebenso gefällige Darstellungsweise auf. So der „Überblick über die dänische Geschichte von 1738—1953“ von Prof. Troels Fink und – das kann als Idealfall gelten – gleich in deutscher Sprache geschrieben; weiter Professor F. Nielsens brillanter Aufsatz „Die dänische Literatur“, geprägt durch eine gewisse Neigung zu apodiktischen Urteilen; ferner Direktor A. Lunds Arbeit über „Die wirtschaftliche Struktur Dänemarks“ (sie stände allerdings besser an zweiter oder dritter Stelle) und Rektor G. Buchreitiz’ „Streifzug durch die Kunstgeschichte Dänemarks“, dessen Hinweise und Kennzeichnungen durch den Bilderanhang gut ergänzt werden.

Sachliche Orientierung, vertiefte Kenntnisse und besseres Verständnis, all das wird erreicht, ja, noch mehr: man gewinnt Achtung vor dem zahlenmäßig so kleinen Volk der Dänen und seinen Leistungen, man möchte die Menschen kennenlernen, von denen hier gesprochen wird und die hier zu einem sprechen; denn auch in der Darstellung an sich und in der Darstellungsweise ist ein Teil jener Wesenszüge zu erkennen, die Professor Nielsen an einigen Stellen seines Aufsatzes als spezifisch dänisch herausgestellt hat.

*

Für die deutschen Verfasser war die gestellte Aufgabe viel schwerer als für ihre dänische Kollegen, galt es doch, hier einen weit größeren Bereich mit fast unüberschaubaren Erscheinungsformen und schier unentwirrbaren Problemen darzustellen. Sicher ist hierauf zurückzuführen, daß diese Aufsatzreihe nicht so einheitlich wirkt wie der Dänemarkband; vielmehr hat jeder Beitrag sein eigenes Gepräge. Die Signatur der ersten Arbeit von Professor E. Hinrichs ist Anschaulichkeit, wie sie dem erdkundlichen Thema „Tyskland og det tyske folk“

wohl ansteht. Das Kennzeichen des zweiten Aufsatzes: „Erhvervslivet i den tyske forbundsrepublik“, von Professor F. Baade und Dr. G. Hampel verfaßt, ist Nüchternheit, die sich vor allem bei der Klärung aller mit der EWG zusammenhängenden Fragen (Kap. III) bewährt. Das zweite Kapitel hätte allerdings kürzer sein können: die Grundzüge des Marshallplans kann man in Dänemark als bekannt voraussetzen; der Vergleich 1947–1938 greift zu weit zurück. Statt dessen hätte man viel mehr Einzelheiten z. B. über die deutsche Industrie bringen sollen. Und noch eine Randbemerkung: Gerade in einer für Ausländer bestimmten Veröffentlichung sollte man den Ausdruck „DDR“ in Anführungsstriche setzen oder mit einem „sogenannt“ verbinden; die staatliche Ordnung der Sowjetzone ist nicht demokratisch. – Kennzeichen des geschichtlichen Aufsatzes „Hovedtræk af tysk historie i det 19. og 20. århundrede“ von Professor K. D. Erdmann ist Souveränität.

Vor allem wegen seines Beitrags zum Bismarckbild und seiner Darstellung des Hitlerismus wäre zu wünschen, daß auch das deutsche Original veröffentlicht würde und in allen Bevölkerungskreisen Verbreitung fände. – An der Aufgabe, „Kunst, videnskab og kultur i Tyskland“ auf 25 Seiten darzustellen, könnte man verzweifeln. Hier wäre eine weitere Aufgliederung, wie bei der dänischen Aufsatzreihe, am Platze gewesen. Sieht man von der themenbedingten Überlastung ab, muß man die Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit hervorheben, die diese Arbeit E. R. Lehmann-Leanders bestimmt. Der Verfasser hat sich von allen deutschen Autoren am stärksten in den dänischen Leser hineinversetzt. Für ihn hat er die Polarität Klassik–Romantik und die Leitlinie der Humanität von der Goethezeit bis zur Gegenwart fein herausgearbeitet. Doch sollten als Dichter des 20. Jahrhunderts neben Thomas Mann, der Gruppe 47 und anderen Benn, Loerke, Döblin, Kafka, Broch und Musil nicht fehlen.

Die beiden Schriften werden, einmal bekannt geworden, ihrem Wert und Verdienst gemäß viele Freunde finden und jene Wirkungen erzielen, die das Vorwort erhofft; darüber hinaus ist zu wünschen, daß die deutsch-dänische Verständigungsarbeit, die mit der Oktobertagung des Jahres 1959 begann, in reicher und vielfältiger Gestaltung fortgesetzt werden möge.

Dr. H. Windmann

BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESAMTDEUTSCHE FRAGEN
DER STAATSSSEKRETÄR

Dankend bestätige ich den Empfang der mir mit Ihrem Schreiben vom 9. August 1963 übersandten beiden Bücher über Deutschland und Dänemark. Ich darf Sie als Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes zu dieser gelungenen Gemeinschaftspublikation deutscher und dänischer Autoren beglückwünschen und zugleich mit Ihnen hoffen, daß die Veröffentlichungen dem besseren gegenseitigen Verständnis der beiden Nachbarvölker dienen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

THEDIECK

Stichworte genug? – Jedenfalls Worte!

Antwort auf einen Brief, in dem um Stichworte für einen Vortrag über das Deutschland von heute vor einem dänischen Kreise gebeten wurde.

Det er ikke let at give et andet menneske stikord, men jeg prøver. Ved adskillige lejligheder er der i Danmark givet udtryk for den frygt, at Danmark i et fællesmarked vil blive opslugt af katolicisme, tysk nationalisme og andet djævelskab. Tanken udspringer af forståelige, historisk betingede følelser. Jeg tror, de er urigtige, og det tror De sikkert også. Hvor jeg har haft anledning dertil, har jeg understreget, at kulturfremstød det meget vel kan komme fra nord og gå mod syd, hvilket jeg har begrundet således:

Der er i dansk kultur meget, som andre folk sætter pris på, og jeg forstår ved kultur enhver form for „Verhaltensweise“, altså ikke blot kunsten, litteraturen og videnskaben. Ved et møde i Lyksborg sagde jeg, at udlændingen, specielt tyskeren, betages af den måde, på hvilken vi mundligt eller skriftligt sætter os i forbindelse med medmennesket, også et medmenneske, som er embedsmand. Det er tilfældigt, om vi siger herr postmester eller herr Andersen. Det er helt naturligt at skrive „kære Erik Eriksen“, når vi skriver til statsministeren, selv om vi aldrig har truffet ham, og selv om vi ikke er partifæller. På samme måde kan bondemanden skrive „kære Jens Otto Krag“. I begge tilfælde vil statsministeren læse brevet med større interesse end ellers, for han sætter pris på at blive tiltalt som et menneske.

Og så var der en, der sagde: Det er mere ærbødigt at skrive kære so und so, end at skrive „sehr geehrter Herr großes Tier“, thi det sidste er en form, bag hvilken der ikke behøver at ligge nogen følt respekt, mens det er umuligt at skrive „kære Erik Eriksen“ uden at respektere manden.

Ved nogle historiske eksempler har jeg søgt at påvise, at selv store folk, som lukker sig inde, stagnerer, og at de stagnerer eller måske helt går til grunde på et eller andet tidspunkt, når de lukkes ude af samkvem med andre på grund af geografiske forhold (ægypterne, inkaer og kineserne er eksempler). Historien har på den anden side eksempler på, at små dygtige folk har spillet en stor rolle. Romerne var, så vidt jeg ved, oprindelig et fåtalligt folk. Dygtighed og organisationstalent gjorde dette folk til verdens herre. Døm nu ikke min historiske bevisførelse for hårdt, denn ich bin ein blutiger Laie. De forstår, hvad jeg vil sige: Et folk skal ville spille sin rolle. Har det på forhånd noget at byde på, så vil det blive akcepteret. Det skal naturligvis også have vilje til at tage imod.

Spørgsmålet er nu, om Danmark har noget. Jeg har nævnt „die Verhaltensweise“. Giver vi os til at regne vore åndelige, tekniske og kunstneriske ydelser ud i procenter af befolkningen, er jeg sikker på, vi kommer til et resultat, vi ikke behøver

*at skamme os over. Vor nationale synd er, at vi viger tilbage for at spille med i det politiske verdensorkester. Vi har brændt følehornene et par gange. Vi forskanser os bag en selvironi, der ofte skal skjule, at vi savner modet.
Stichworte genug? Jedenfalls Worte.*

Morgensonne lächelt auf mein Land ...

*Morgensonne lächelt auf mein Land,
Wälder grünen her in dunklem Schweigen.
Jedem Schatten hin ich nah verwandt,
jedes Leuchten nimmt mich ganz zu eigen.*

*Land, mein Land, wie leb ich tief aus dir!
Löst sich doch kein Hauch von diesen Lungen,
den du nicht vorher und jetzt und hier
erst mit deinem Hauche hast durchdrungen.*

*Deine Berge ragen in mir auf,
deine Täler sind in mich gebettet,
deiner Ströme, deiner Bäche Lauf
ist an alle Adern mir gekettet.*

*Steht kein Baum auf deiner weiten Flur,
der nicht Heimat wiegt mit allen Zweigen,
und in jedem Winde läuft die Spur
einer Liebe, der sich alle neigen.*

Karl Bröger

Aus: »Deutschland« / Gedicht in drei Kreisen / 1923